

**3. Sitzung des Grossen Gemeinderates von Donnerstag, 19. Mai 2005**

**im Tell-Saal, Ostermundigen**

**Beginn: 18.30 Uhr**

**Schluss: 22.00 Uhr**

---

<b>Vorsitz:</b>	Bruno Schröter	(EVP)	1
<b>Stimmzähler:</b>	Theo Lutz	(SP)	1
	Markus Truog	(SVP)	1
<b>Anwesend:</b>	Claudine Basler, Aziz Dogan, Rudolf Kehrli, Ursula Lüthy, Rudolf Mahler, Rupert Moser, Marianne Neuenschwander, Norbert Riesen, Roger Schär, Meta Stäheli Ragaz, Andreas Thomann, Regula Unteregger	(SP)	12
	Erich Blaser, Hans-Rudolf Hausammann, Christoph Künti, Patrik Lüthy, Lucia Müller, Aliko Maria Panayides, Beat Weber	(SVP)	7
	Heinz Gfeller, Egon Julmi, Marco Krebs, Peter Wegmann, Inge Wymann	(FDP)	5
	Renate Bolliger, Philippe Gerber, Rahel Wagner	(EVP)	3
	Eduard Rippstein	(CVP)	1
	Walter Bruderer, Marco Mantarro, Michael Meinhofer	(FORUM)	3
	Thomas Christen, Stefan Hübscher	(SD)	<u>2</u>

**36**

**Vertreter des Gemeinderates:** Gemeindepräsident Christian Zahler, Annagreth Friedli, Thomas Iten, Florence Martinoia, Ursula Norton, Rolf Rickenbach, Urs Rüedi, Peter Suter, Thomas Werner

Gemeindeschreiberin Marianne Meyer

**Entschuldigt:** **Mitglieder des Grossen Gemeinderates**  
Charles Gosteli, Ernst Hirsiger, Tony Iannino, Franz Kälin

**Mitglieder des Gemeinderates**

--

**Protokoll:** Jürg Kumli, Gemeindeschreiber-Stv.

## G E S C H Ä F T E

25	P Protokoll-Genehmigungen		
	<b>Protokoll der 2. Sitzung des GGR vom 17. März 2005; Genehmigung</b>		<b>74</b>
26	20.301 Jahresrechnungen		
	<b>Gemeinderechnung 2004; Genehmigung</b>		<b>75</b>
27	10.131 Verwaltungsbericht der Gemeinde		
	<b>Verwaltungsbericht 2004; Genehmigung</b>		<b>80</b>
28	10.141 Vandalismus-Prophylaxe 10.372 Motionen		
	<b>Überparteiliche Motion betreffend Vandalismus in Ostermundigen; Begründung</b>		<b>89</b>
29	10.372 Motionen		
	<b>Motion FDP betreffend Anpassen des Steuerfusses an das Niveau der umliegenden Gemeinden; Begründung</b>		<b>98</b>
30	10.362 Botschaften der Präsidiabteilung 10.373 Postulate		
	<b>Postulat E. Julmi (FDP) und Mitunterzeichner betreffend erneutes Vorlegen von Geschäften bei grundlegenden Neuerkenntnissen; Begründung</b>		<b>106</b>
31	10.374 Interpellationen 20.361 Finanzausgleich		
	<b>Interpellation W. Bruderer (FORUM) und Mitunterzeichnende betreffend Zentrumslasten (ZL); Begründung und Beantwortung</b>		<b>109</b>
32	10.362 Botschaften der Präsidiabteilung 10.374 Interpellationen		
	<b>Interpellation H. Gfeller (FDP) und Mitunterzeichnende betreffend Zusammenfassung von GGR-Vorlagen für zusammenhängende Projekte; Begründung und Beantwortung</b>		<b>113</b>
33	10.374 Interpellationen		
	<b>Interpellation E. Julmi (FDP) und Mitunterzeichnende betreffend die Situation Swisscom; Begründung und Beantwortung</b>		<b>115</b>
34	10.628 Schulkommission 10.374 Interpellationen		
	<b>Interpellation R. Wagner (EVP) und Mitunterzeichnende betreffend die Schulkommission (Zwischenbilanz); Begründung und Beantwortung</b>		<b>118</b>

35	M Mitteilungen		
	<b>Orientierungen des Gemeinderates</b>		<b>121</b>
	<i>Wege zu Klee; Eröffnungsfeier am 18. Juni 2005</i>		121
	<i>Sanierung der Rüti-Liegenschaften; Verzögerung im Terminablauf</i>		121
	<i>Beschwerdeentscheid betreffend den Erwerb der Parzelle Nr. 1233 (Stein- grübliareal)</i>		122
36	10.372 Motionen 63.665 Jugendarbeit mit Schulen, Kirchen und anderen Verwaltungsabteilungen		
	<b>Motion der SP-Fraktion betreffend Massnahmen gegen die Jugendar- beitslosigkeit; parlamentarischer Neueingang</b>		<b>123</b>
37	10.374 Interpellationen 30.71 Gasversorgung		
	<b>Interpellation FORUM-Fraktion betreffend die Gasrechnung; parlamen- tarischer Neueingang</b>		<b>125</b>
38	10.374 Interpellationen 30.102 Kreisschreiben, Verordnungen, Weisungen		
	<b>Interpellation FORUM-Fraktion betreffend Voraussetzungen für Baube- willigungen; parlamentarischer Neueingang</b>		<b>127</b>
39	10.375 Einfache Anfragen 50.717 Gewerbebewilligungen		
	<b>Einfache Anfrage R. Moser (SP) betreffend Sex-Gewerbe in Ostermun- digen; parlamentarischer Neueingang</b>		<b>129</b>

**Ratspräsident:** Ich begrüsse alle Anwesenden zur 3. Sitzung des Grossen Gemeinderates von Ostermundigen. Speziell heisse ich die politisch interessierten Zuhörerinnen und Zuhörer und die Pressevertreterinnen und -vertreter willkommen. Ebenso heisse ich die Schülerinnen und Schüler der 8. Klasse von Frau Fröhlich aus dem Mösli herzlich willkommen.

Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäss einberufen und vorschriftsgemäss publiziert worden ist. Es sind 36 Ratsmitglieder anwesend. Der Rat ist somit beschlussfähig.

#### **Mitteilungen des Ratspräsidenten:**

- Gestützt auf Artikel 33 der Geschäftsordnung des GGR nimmt Herr Stefan Lanz, Abteilungsleiter Finanzen/Steuern, zur Auskunftserteilung zu Traktandum 26 (Gemeinderechnung 2004) an der heutigen Sitzung teil.
- Ich möchte alle Ratsmitglieder daran erinnern, dass an der nächsten Sitzung der Finanzplan sowie an der Sitzung vom 27. Oktober das Budget 2006 behandelt werden. Bitte mit den politischen Vorstössen „massvoll“ umgehen.
- Eigentlich hätte die Musikgesellschaft Ostermundigen heute im Telsaal Hauptprobe. Sie sind ins Musikprobelokal an die Mitteldorfstrasse umgezogen. Am Samstag, 21. Mai findet das Jahreskonzert statt. Die Musikgesellschaft freut sich ausserordentlich, viele Ratsmitglieder begrüssen zu dürfen.
- Der Ratsausflug findet im September statt.
- Auf den Tischen wurden die folgenden Unterlagen verteilt:
  - ① Flyer Historisches Museum Bern - Führung „Einsteins Leben“ vom 29.6.2005
  - ① Aktuelle Adressliste mit den Partei- und Fraktionspräsidentinnen und -präsidenten (*allfällige Mutationen sind laufend dem Ratssekretär bekannt zu geben!*)
  - ① Jahresbericht 2004 des Alters- und Pflegeheim Zoss-Strasse 2
- ☺ Am Rednerpult steht ab sofort „1 Schämeli“ speziell für Peter Wegmann zur Verfügung. Ich bitte ihn für eine Mikrofonprobe ans Rednerpult zu treten.

**Peter Wegmann (FDP):** Ich glaube der Schemel hat die richtige Höhe und ich ab sofort den richtigen Abstand zum Mikrofon. Besten Dank Bruno! Die Rechnung kannst du mir zustellen. Ich bin sicher, dass zwei, drei Damen auch froh sind um diese Möbel.

 **A p p l a u s** 

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 19. Mai 2005

---

- Die nächste Sitzung findet gemäss Terminplan am **23. Juni 2005** statt.
- Im Anschluss an die heutige Sitzung treffen wir uns im Restaurant Schlüssel.

**Traktandenliste:**

- Traktandum Nr. 35: Orientierungen des Gemeinderates
  - Wege zu Klee; Eröffnungsfeier am 18.6.2005
  - Sanierung Rüti-Liegenschaften; Verzögerung im Terminablauf
  - Beschwerdeentscheid betreffend den Erwerb der Parzelle Nr. 1233 (Steingrübliareal)

*Parlamentarische Neueingänge*

- Motion der SP-Fraktion betreffend Massnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit
- Interpellation FORUM-Fraktion betreffend die Gasrechnung
- Interpellation FORUM-Fraktion betreffend Voraussetzungen für Baubewilligungen
- Einfache Anfrage R. Moser (SP) betreffend Sex-Gewerbe in Ostermundigen

Stillschweigend fasst der Grosse Gemeinderat den folgenden

**B e s c h l u s s :**

Die Traktandenliste wird unter Berücksichtigung der vorerwähnten Ergänzungen genehmigt.

25 P Protokoll-Genehmigungen

**Protokoll der 2. Sitzung des GGR vom 17. März 2005; Genehmigung**

**Peter Wegmann (FDP):** Auf der Seite 35 ist beim Votum von Philippe Gerber ein Tippfehler passiert.

Richtigstellung: *Die EVP-Fraktion wird dem Geschäft zustimmen...*

**Ratspräsident:** Es liegen keine weiteren Wortbegehren vor. Der GGR fasst einstimmig den folgenden

**B e s c h l u s s :**

Das Protokoll der 2. Sitzung des GGR vom 17. März 2005 wird unter Verdankung an den Ratssekretär genehmigt.

26 20.301 Jahresrechnungen

### **Gemeinderechnung 2004; Genehmigung**

**Ratspräsident:** Der Ablauf des Geschäftes wird wie folgt vorgenommen: Zuerst kann sich der Rat zur Botschaft und anschliessend zur Rechnung im Detail äussern. Anträge und Voten sind unter Angabe der Seitenzahlen vorzunehmen. Über Änderungsanträge wird gemäss Artikel 53 Absatz 3 der „Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates (GO GGR)“ sofort abgestimmt.

Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

**Peter Wegmann (FDP):** Bereits der Jahresabschluss 2003 war sehr erfreulich. Damals erwähnte ich, dass „eine Schwalbe noch keinen Sommer“ darstellt. Heute möchte ich nochmals nachdoppeln: „Auch zwei Schwalben machen noch keinen Sommer.“ Wieso dies?

In der Botschaft wird korrekt erwähnt, dass gegenüber dem Budget stattliche 3,8 Mio. Franken Steuermehrerträge von den „natürlichen Personen“ zu diesem erfreulichen Abschluss geführt haben. Diese Analyse kann zur Euphorie verleiten - in Tat und Wahrheit präsentiert sie sich aber sehr verfänglich. Gegenüber dem Vorjahr präsentieren sich nach bereinigter Wertberichtigung insgesamt Fr. 700'000.-- weniger Steuereinnahmen (siehe Seite 19 der Botschaft). Das bedeutet, dass der erhoffte Wirtschaftsaufschwung und der Zustrom von neuen Bürgerinnen und Bürgern und Steuerzahlenden noch nicht eingetroffen ist. Diesbezüglich bewegen wir uns immer noch im Roten- bzw. Mankobereich. Noch überwiegt zurzeit der Bevölkerungsabgang sowohl bei den natürlichen Personen wie auch bei den Gewerbebetrieben. Diese Feststellung begründet auch unseren politischen Vorstoss (Traktandum 29 - Anpassung des Steuerfusses) als dringend notwendige Massnahme.

Der vorliegende Rechnungsabschluss ist sicher erfreulich. Die FDP-Fraktion orientiert sich nur bedingt nach Einzelpositionen und Details. Vielmehr stehen bei uns die Strategien und Abfolgen im Vordergrund. Wir stellen mit grosser Genugtuung fest, dass in der Rechnung 2004 die bedeutenden Abschreibungen vorgesehen sind und der verbleibende Überschuss dem Eigenkapital gutgeschrieben wird. Diese Massnahme ist im Hinblick auf die bevorstehenden Aufgabenerfüllungen sicher richtig. Wichtig ist für uns auch die Feststellung, dass der Selbstfinanzierungsgrad (siehe Seite 22 der Botschaft) gegenüber dem Vorjahr auf 173,81 % berichtigt worden ist. Diese Massnahme spricht für die unternehmerische Weitsicht und Vernunft. Wir danken dem Gemeinderat, der Verwaltung und Herrn Stefan Lanz für die gute Arbeit.

Trotzdem - ein Mahnfinger bleibt uns nicht erspart und es sei hier nochmals darauf hingewiesen: „Auch zwei Schwalben machen noch keinen Sommer!“ Nach wie vor stehen happige Investitionen (z. B. Schulhaussanierungen, Strassen- und Werkleitungssanierungen und andere Bedürfnisse) bevor. Hinzu kommt die Zielsetzung bezüglich Steuersenkung, nicht zuletzt als Anreiz für potenzielle Neuzuziehende. Das hat der Gemeinderat mit den Budgetzielen 2006 zur Pflicht attestiert. Also bleiben

nach wie vor klare Trennungen zwischen Zwangs- und Wunschbedarf bestehen, wie dies bereits vor einigen Jahren mittels einem überparteilichen, politischen Vorstoss verlangt wurde. Der Finanzgürtel muss weiterhin eng geschnalt bleiben. Wunschbedürfnisse müssen hinten anstehen. Ausserdem müssen nun endlich sämtliche Register für die bevorstehenden Bauvorhaben gezogen werden, ansonsten sich unsere Gemeinderechnung durch diese Verzögerungen teils rückständig präsentieren wird. Mit anderen Worten: Es besteht kein Anlass zur Euphorie und keinen Spielraum, um die Finanzen locker und freimütig anzugehen. Nur positive Zahlen können die Finanzierungen unserer sozialen Pflichten ermöglichen. Es wäre sinnvoll, wenn wir uns auf unsere Stärken konzentrieren. Ostermundigen präsentiert sich als Standort (wirtschaftlich wie als Wohnlage), mit hervorragend erschlossenem ÖV-Bereich, guten Infrastrukturen und Verkehrslage mit Autobahn- und SBB-Direktanschlüssen und vielen anderem mehr. Leider hinkt noch die steuerliche Belastung hinterher. Bereits Morgen muss sich dies ändern und zwar mit dem Leitsatz: *wär wot verdiene, muess ersch inveschiere* oder anders ausgedrückt: wir dürfen zukünftig nicht nur agieren, sondern müssen reagieren und auch etwas riskieren.

In diesem Sinne stimmt die FDP-Fraktion dem Geschäft zu. Wir warten bereits gespannt auf den bevorstehenden Finanzplan.

**Eduard Rippstein (CVP):** Die CVP-Fraktion stimmt der Rechnung 2004 zu. Wir sind über den wiederholten positiven Abschluss hoch erfreut. Wir sind jedoch der Auffassung, dass in den nächsten Jahren der Steuerfuss beibehalten werden muss. Es stehen viele Investitionen an und erst danach kann über eine Steuersenkung diskutiert werden.

**Philippe Gerber (EVP):** Auch die EVP-Fraktion zeigt sich über den Rechnungsabschluss erfreut. Die Freude wird in Traktandum Nr. 29 getrübt. Mit vielen Punkten der FDP-Fraktion können wir uns einverstanden erklären. Aber mit der Schlussfolgerung inkl. Motion können wir uns auf keinen Fall einverstanden erklären. Die guten Rechnungsabschlüsse der letzten Jahre basieren auf Rückstellungen. Diese Rückstellungen sind demnächst aufgebraucht. Viele Bauvorhaben und Sanierungen stehen noch aus. Die geplanten Bauvorhaben können nicht so schnell wie vorgesehen realisiert werden. Das hat zur Folge, dass auch eine Verzögerung bei den neuen Steuerzahlenden eintreten wird.

Wir sind die Letzten, die gerne Steuern bezahlen. Aber hier gilt das Motto: „Lieber die Taube auf dem Dach anschauen, als sie zu vertreiben.“

**Christoph Künti (SVP):** Die SVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für diesen positiven Rechnungsabschluss. Alle Anstrengungen, einen positiven Rechnungsabschluss zu erreichen, sind spürbar. Uns stellen sich zwei Fragen zu der Rechnung (siehe Debatte zur Rechnung).



In der Botschaft wird auf Seite 21 ein Betrag von über 7 Mio. Franken für Nachkredite ausgewiesen. Dieses Resultat stimmt uns nachdenklich. Die Begründung ist nachvollziehbar. Trotzdem bitten wir den Gemeinderat und die Verwaltung, sämtliche Hebel in Gang zu setzen, damit dieser Betrag in der Laufenden Rechnung reduziert werden kann.

Trotz des guten Rechnungsabschlusses wird die SVP-Fraktion die Geschäfte aus der so genannten „Wunschliste“ nicht unterstützen. Der gesunde Finanzhaushalt unserer Gemeinde muss das oberste Ziel bleiben. Die Attraktivität unserer Gemeinde wird nicht mit einer „Pflasterlipolitik“ gesteigert sondern mit flächendeckenden Massnahmen (z. B. Steuersenkung).

**Norbert Riesen (SP):** Die Attraktivität der Gemeinde wurde heute Abend bereits wieder erwähnt. Peter Wegmann hat erwähnt, dass Ostermundigen potente (nicht Viagra, sondern das Portmonee ist hier gemeint) Bewohnende benötigt. Also müssen wir auch positiv von Ostermundigen sprechen.

Die SP-Fraktion zeigt sich über den vorliegenden Rechnungsabschluss sehr erfreut. Die Finanzpolitik wurde durch die SP federführend geprägt und mit einer klaren Strategie unterstützt. Sparen in den Laufenden Rechnungen um Spielraum für den dringend notwendigen Unterhaltsnachholbedarf zu schaffen und die massvollen attraktivitätssteigernden Investitionen tätigen zu können. Erst in einer dritten Phase ist eine massvolle Steuersenkung vorgesehen. Ich stelle mit Freude fest, dass wir einen guten Weg eingeschlagen haben. In diesem Jahr zahlen wir 1,65 statt 1,74 Steuerzehntel. Können wir den Finanzplan einhalten, werden wir im Jahre 2007 1,60 Steuerzehntel zahlen.

Zur Rechnung sei hier erwähnt, dass besonders die einmaligen Ein- und Ausgaben betrachtet werden müssen. Wir weisen einen Gewinn von 1,8 Mio. Franken aus. Zwei Faktoren müssen hier noch besonders erwähnt werden: Einerseits wurden zusätzliche Abschreibungen vorgenommen. Ohne diese Vornahme wäre ein Gewinn von 2,7 Mio. Franken zustande gekommen. Andererseits wurden nicht benötigte Steuerrückstellungen aufgelöst. Ohne diese Vornahme hätte ein effektiver Gewinn von 1,5 Mio. Franken oder dreiviertel eines Steuerzehntels verbucht werden können.

Ich möchte allen Mitarbeitenden, die zu diesem positiven Rechnungsabschluss mitgeholfen haben, ein herzliches Dankeschön aussprechen. In der letzten Legislaturperiode konnte auch gut überparteilich zusammen gearbeitet werden.

**Gemeinderat Peter Suter (SVP):** Es freut mich, dass die vorliegende Rechnung gegenüber den Vorgängerinnen mehr Echo im Rat ausgelöst hat. Die Aussagen sind im Grossen und Ganzen richtig und können akzeptiert werden. Dass bei einigen Fragen die Meinungen auseinander gehen, ist wohl allen klar. Die gefallenen Voten werden auch als Dank an die Verwaltung verstanden.

Zu den Detailfragen nehme ich nachher Stellung. Was die Nachkredite betrifft, stimmt die Feststellung, dass es sich um einen recht grossen Betrag (< 7 Mio. Franken) handelt. Bei einer genaueren Betrachtung kann festgestellt werden, dass hier die zusätzlichen Abschreibungen inbegriffen sind. Der Kantonsbeitrag fällt wegen den positiven Rechnungsabschlüssen ebenfalls höher aus. Wenn dann noch die Beträge aus dem Bereich Soziales berücksichtigt werden, würde die Nachkreditsumme für gebundene Ausgaben um 5,5 bis 6 Mio. Franken betragen. Der Gemeinderat hat Nachkredite von über Fr. 250'000.-- (oder 1/3 Prozent des gesamten Ertrages) gesprochen. Ob diese nötig waren oder nicht, kann diskutiert werden. Selbstverständlich sind wir auch in Zukunft bemüht, die Nachkredite zu reduzieren.

**Ratspräsident:** Wenn keine weiteren Wortmeldungen zur Botschaft vorliegen, schlage ich vor, die Fragen zur Rechnung 2004 kapitelweise zu stellen.

➤ Seite 18: Konto 303.300.10 - Sitzungsgelder Baukommission

**Christoph Künti (SVP):** Wieso sind die Ausgaben der Baukommission so hoch? Wir sind zur Annahme gekommen, dass hier auch die Ausgaben der ästhetischen Kommission inbegriffen sind. Wir bitten den Gemeinderat, in Zukunft die beiden Positionen separat in der Rechnung auszuweisen.

**Gemeinderat Peter Suter (SVP):** Technisch kann diesem Wunsch sicher entsprechen werden. Wir werden inskünftig eine getrennte Abrechnung vornehmen.

➤ Seite 81: Konto 385.589.05 - Energiekonzept Dennigkofen: Nahwärmeverbund

**Christoph Künti (SVP):** Hier wird ein Minus von fast Fr. 210'000.-- ausgewiesen. Wie setzt sich dieser Betrag zusammen, wann wird der GGR über den Sachverhalt orientiert und wann folgt die Kreditabrechnung?

**Gemeinderat Peter Suter (SVP):** Es liegen keine Detailzahlen vor. Die notwendigen Abklärungen werden durch die Finanzverwaltung vorgenommen.

Es liegen keine weiteren Wortbegehren mehr vor. Der GGR fasst einstimmig den folgenden

**B e s c h l u s s :**

1. Zu Lasten der Laufenden Rechnung 2004 wird für übrige Abschreibungen (Konto 923.332.10) ein Nachkredit von Franken 1'278'961.95 bewilligt.
2. Die Gemeinderechnung für das Jahr 2004, abschliessend mit einem Ertragsüberschuss von Franken 1'819'193.66, wird genehmigt.
3. Der Ertragsüberschuss wird dem Eigenkapital (Konto 2390.101) gutgeschrieben.
4. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

27 10.131 Verwaltungsbericht der Gemeinde

### **Verwaltungsbericht 2004; Genehmigung**

**Ratspräsident:** Der Geschäftsablauf ist der Gleiche wie beim vorangegangenen Geschäft. Zuerst kann sich der Rat zur Botschaft und anschliessend zum Verwaltungsbericht im Detail äussern. Anträge und Voten sind unter Angabe der Seitenzahlen vorzunehmen. Über Änderungsanträge wird gemäss Artikel 53 Absatz 3 der „Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates (GO GGR)“ sofort abgestimmt.

Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

- Seite 33 (Motionen/Postulate): 1.1 Überparteiliche Motion vom 14. Januar 1993 betreffend Kreisel „Chrüzweg“ und Einfahrt „Steingrübli“

**Michael Meienhofer (FORUM):** Diese Motion liegt im „Dornrösschenschlaf“. Die Motion wurde im Jahre 1993 erheblich erklärt und wir möchten, dass endlich der Transitverkehr durch Ostermundigen kostengünstig (z. B. Schwellen, Poller etc.) eliminiert wird. Die Massnahmen wurden im Verkehrskonzept von der Entlastungsstrasse durch die Küntigrube abhängig gemacht. Unsere Frage lautet: Was unternimmt der Gemeinderat? Ob die Entlastungsstrasse je einmal realisiert wird, steht in weiter Ferne.

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Bei dieser Motion möchte ich darauf aufmerksam machen, dass das Verkehrskonzept in der Zwischenzeit überarbeitet worden ist. Aufgrund dessen Grundlage ist momentan kein Handlungsbedarf vorhanden. Die Abhängigkeit der Schliessung steht in Zusammenhang mit der Entlastungsstrasse durch die Grube. Der Kanton Bern hat verlangt, dass mit einem zusätzlichen Anschluss an die Umfahrungsstrasse, die Einfahrt „Steingrübli“ geschlossen werden muss. Eine vorherige Schliessung ist bei den Planungsbehörden nicht relevant.

**Michael Meienhofer (FORUM):** Wir haben keine Schliessung des Eingangstors „Ost“ verlangt, sondern lediglich eine Reduktion des Durchgangsverkehrs auf finanziell günstiger Basis. Es geht darum, die Pendler aus dem Worblental nicht auf billige Art und Weise via Ostermundigen nach Bern einschleusen zu lassen. Diese haben die Umfahrungsstrasse zu benutzen, auch wenn diese täglich mit Verkehrsüberlastungen zu kämpfen hat.

**Gemeinderat Thomas Werner (SP):** Hier handelt es sich um eine Ortsverbindungsstrasse. Diese darf nicht einfach für den Durchgangsverkehr gesperrt werden. Eine Schikane ist bereits heute vorhanden. Die Gewerbebetreibenden (insbesondere die Migros) werden an einer Schliessung im Steingrübli keine Freude haben. Natürlich begrüssen wir es alle, wenn der Durchgangsverkehr vermehrt über die Umfahrungs-

strasse läuft. Viel mehr können wir heute nicht tun. Erst wenn die Entlastungsstrasse realisiert ist, kann im Steingrübli eine Veränderung vorgenommen werden.

- Seite 37 (Motionen/Postulate): 2.9 Postulat T. Iten (SP) vom 1. Juli 2004 betreffend Erarbeitung eines Variantenvorschlages für Mehrzweck- und Dreifachturnhalle

**Walter Bruderer (FORUM):** Gemäss Beschlussesentwurf wird dieses Postulat abgeschrieben. Der im Verwaltungsbericht festgehaltene Text zu den Themen „Mehrzweckhalle“ und „Dreifachturnhalle“ benötigt seitens des Gemeinderates noch ein paar Erklärungen an die Adresse des Grosses Gemeinderates.

**Andreas Thomann (SP):** Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass es heute rechtlich absolut korrekt ist, dieses Postulat im Zusammenhang mit der Genehmigung des Verwaltungsberichtes abzuschreiben. Nichts desto trotz bitten wir den Gemeinderat, in Zukunft vermehrt auf die politische Stimmung im Parlament einzugehen. Es ist nicht das erste Mal, dass der Gemeinderat seine Meinung dem GGR kundgetan hat und nicht die vom GGR gestellten Fragen, Abklärungen und Ansichten beantwortet hat. Abklärungen betreffend „Mehrzweckhalle“ hätten unserer Ansicht nach auch bei den Sportvereinen durchgeführt werden müssen. Mit den gemeinderätlichen Gründen zur Abschreibung des Postulates sind wir nicht einverstanden. Wir werden uns aber der vorgesehenen Postulatabschreibung nicht widersetzen.

Falls der Trend des Gemeinderates bei der Behandlung von Postulaten in diesem Sinne weitergeführt werden soll, sehen wir uns veranlasst, inskünftig vermehrt Motionen einzureichen.

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Im Verwaltungsbericht können die Überlegungen des Gemeinderates nachgelesen werden. Bereits vor einem Jahr wurden im Zusammenhang mit dem Finanzrichtplan dem GGR ebenfalls finanzielle Informationen nachgeliefert. Grobe Kostenschätzungen wurden in verschiedenen Varianten aufgezeigt. Dem Parlament stehen genügend Grundlagen für die Meinungsbildung zur Verfügung. Der Gemeinderat ist zum Schluss gekommen, dass aus finanziellen Überlegungen andere Investitionen stärker forciert werden müssen. Aus diesem Grund ist es wenig sinnvoll, bei den Vereinen in Ostermundigen Bedürfnisabklärungen vorzunehmen und „Gelüste ohne Realisierungsmöglichkeiten“ zu wecken. Mit politischen Vorstössen kann dieses Thema jederzeit wieder auf den Tisch gebracht werden. Die Abteilung Bildung und Sport wurde selbstverständlich in die Diskussionen anlässlich der letzten Klausurtagung miteinbezogen.

- Seite 33 (Motionen/Postulate): 1.2 Überparteiliche Motion vom 9. September 2004 betreffend Schulsozialarbeit

**Rahel Wagner (EVP):** Besten Dank für den spannenden und informativen Verwaltungsbericht 2004. Die EVP-Fraktion dankt auch der Verwaltung für die Erstellung dieses ausführlichen Berichtes. Wie viel wir Bürgerinnen und Bürger einer gut funktionierenden Verwaltung zu danken haben, lässt sich aus dem vorliegenden Bericht sehr gut erkennen.

Die EVP-Fraktion hat mit Genugtuung festgestellt, dass die Schulsozialarbeit zurzeit in Bearbeitung ist. Im Herbst 2005 kann ein Konzept erwartet werden. Schulsozialarbeit ist zu einem absoluten „Muss“ für die Gemeinde Ostermundigen geworden. Wir hoffen, dass diese per Schuljahr 2006/2007 definitiv eingeführt werden kann.

- Seite 50 (Präsidiales): 6.1.2 Tram nach Ostermundigen

**Andreas Thomann (SP):** *Zitiert den Text aus dem Verwaltungsbericht.* Die SP-Fraktion ist nicht gegen eine mögliche Tramlinie. Aber wir sind der Meinung, dass sowohl der mIV (motorisierter Individualverkehr), als auch der ÖV in Ostermundigen neue und bessere Lösungen notwendig macht. Die heutigen wie auch die zukünftigen Bürgerinnen und Bürger verlangen Lösungen, welche nicht in einem Verkehrskanal auf einer Strecke gelöst werden können. Ostermundigen ist nicht ein „Dörfli“ mit einem „Busli oder Trämli“! Ostermundigen hat sich weiter entwickelt. Die SP-Fraktion ist für eine Lösung in Puzzleform, d. h. Bahn, Bus und Tram müssen topografisch mit Anschlüssen an Ostermundigen gebunden werden. Die Topografie wie die Entwicklung der Bevölkerung ist vorgängig abzuklären. In diesem Zusammenhang möchte ich auf die an der letzten GGR-Sitzung eingereichte überparteiliche Motion betreffend die Erschliessung der Ostermündiger Aussenquartiere hinweisen. Eine Vernetzung von und nach Ostermundigen soll die Lösung bringen.

- Seite 41 (Präsidiales): 2.1.2 UeO Rütihoger

**Marco Mantarro (FORUM):** Wir gehen davon aus, dass die UeO Rütihoger noch in Rechtskraft ist. Ein Verkauf des gemeindeeigenen Landes kann nur vorgenommen werden, wenn ein Drittel der Fläche grün bleibt. Die „Rütianer“ haben mit dieser Bedingung der UeO zugestimmt. Wie sieht die Situation heute aus?

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Die UeO ist rechtsgültig. In der UeO sind auch die verschiedenen Baufelder und auch die grün bleibenden Flächen ausgedehnt. Der Drittel Grünfläche wird mit Bestimmtheit eingehalten und somit das Anliegen des FORUMS erfüllt.

**Walter Bruderer (FORUM):** Ich bin froh um die Aussagen des Gemeindepräsidenten zur UeO Rütihoger.

Zum vorangehenden Votum (Tram) von Andreas Thomann möchte ich noch beifügen, dass auch die FORUM-Fraktion nicht grundsätzlich gegen das Tram ist. Wichtig ist, dass der Gemeinderat klare Zielsetzungen für eine Tramlinie definiert. Eine Tramlinie muss eindeutige und wesentlich bessere Voraussetzungen als die heutige Buslinie 10 erfüllen. Nur aus Kapazitätsgründen eine Tramumstellung nach Ostermundigen vorzunehmen, ist für mich nicht ausreichend genug. Die Pleite der Tramlinie Bern-West wurde uns vor Augen geführt. Ob der Entscheid richtig oder falsch ist, dass sei dahingestellt. Fakt ist, dass mit dem Tram Bern-West eine „Planungsleiche“ mehr geschaffen wurde. Korrekturen und Neuansätze werden nur schwer realisierbar sein. Ich will nicht, dass dem GGR ein fix fertiges Produkt vorgelegt wird. Zuerst müssen wir uns mit den Zielsetzungen auseinandersetzen. Anschliessend kann der GGR grünes Licht für die Umsetzung erteilen.

- Seite 52 (Präsidiales): 6.6 Unpersönliche Generalabonnemente der SBB „Flexi-card“ (GA-Flexi)

**Rudolf Kehrli (SP):** Ich möchte zum Thema „ÖV“ folgendes **Postulat** (gemäss Art. 53 Abs. 3 GO GGR) betreffend unpersönliche Generalabonnemente der SBB „Flexi-card“ einreichen:

*Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen, ob in Zukunft die Abgabe/Bewirtschaftung der heutigen 8 Flexicards auch auf elektronischem Weg via Homepage der Gemeinde Ostermundigen erfolgen kann.*

*Begründung:*

*Im Verwaltungsbericht 2004 (Seite 52) ist erwähnt, dass aus Kapazitätsgründen nicht mehr als 8 der begehrten Flexicards bewirtschaftet werden können. Dies ist verständlich, gibt es doch unzählige Anfragen (telefonisch und am Schalter) zu erledigen, die arbeitsintensiv sind. Vielfach laufen die Anfragen ins Leere, da die Karten bereits reserviert sind.*

*Schweizweit geben mehr als 100 Gemeinden diese Flexicards ab. Einige erbringen diese Dienstleistung mittels EDV auf ihrer Homepage (z. B. Grosshöchstetten, Kehrsatz etc.).*

*Wird die EDV-Lösung eingeführt, so reduziert sich sicher der Bearbeitungsaufwand, so dass bei gleicher hoch stehender Nachfrage die Anschaffung weiterer Flexicards möglich ist. Die Anschaffung/Beteiligung an einem solchen EDV-Programm resp. die jährlichen Lizenzgebühren kosten bestimmt nicht alle Welt und sind verantwortbar, da die Gemeinde mit den Flexicards seit Jahren einen Gewinn erwirtschaftet.*

Ostermundigen, 19. Mai 2005

sig. R. Kehrli

**Gemeindeschreiberin Marianne Meyer:** Flexi-card mittels EDV wurde durch die Präsidialabteilung bereits geprüft. Wenn dieses Vorhaben begrüsst wird, müssen wir allen Bürgerinnen und Bürgern (nicht nur den OstermundigerInnen) die Flexicards

anbieten. Jede Anfrage im Internet müsste bei der Einwohnerkontrolle zur Wohnsitzabklärung vorgelegt werden. Andernfalls öffnen wir die Gemeindegrenze für die Flexicards.

Persönlich bin ich der Meinung, dass wir kein Bahnschalter sind. Die ab diesem Jahr zum Einsatz kommenden 8 Flexicards für Ostermundiger Bürgerinnen und -bürger reichen aus.

**Andreas Thomann (SP):** Erlaubt sei mir noch die folgende Präzisierung: Die Aufstockung auf 8 Flexicards wurde jeweils vom GGR und nicht von der Verwaltung resp. Gemeinderat bewilligt.

**Ratspräsident:** Über das Postulat hat der Rat sofort abzustimmen. Ich wiederhole nochmals den Wortlaut: *Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen, ob in Zukunft die Abgabe/Bewirtschaftung der heutigen 8 Flexicards auch auf elektronischem Weg via Homepage der Gemeinde Ostermundigen erfolgen kann.*

### **A b s t i m m u n g :**

Das Postulat (gemäss Art. 53 Abs. 3 GO GGR) R. Kehrlı (SP) betreffend unpersonliche Generalabonnemente der SBB „Flexicard“ wird mit 18 zu 14 Stimmen abgelehnt.

➤ Seite 50 (Präsidiales): 6.1.2 Tram nach Ostermundigen

**Heinz Gfeller (FDP):** Ich habe vorgängig kurz mit BernMobil telefoniert und angefragt, ob eine Linienführung des Busses 28 durch die Stadt beschlossen wird. Die Anfrage wurde zur Prüfung entgegen genommen. Bereits sind Bedenken angemeldet worden. Es wäre zu begrüssen, wenn der Gemeinderat mit seinen zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln auf die Vernetzung des ÖV hinarbeitet.

➤ Seite 53 (Präsidiales): 9.1 Stagiaire im Hotel Bären

**Norbert Riesen (SP):** Auch im letzten Jahr hat Herr Flüeli in sehr verdankenswerter Weise eine Stagiaire von der Partnergemeinde Trojan im Betrieb aufgenommen. Der Bären Ostermundigen verdient ein Dankeschön seitens der SP-Fraktion für eine verantwortungsvolle und BürgerInnen orientierte Politik. Ausserdem bildet der Bären seit Jahren überdurchschnittlich viele Lehrlinge aus. Seit anfangs Jahr wird zudem eine eindrückliche und sehr originelle Finanzaktion zugunsten der Seebebenopfer in Asien durchgeführt.

Ich möchte den Gemeinderat bitten - auch im Namen der SP-Fraktion - den Dank für besonders verantwortungsvolles Handeln dem Bären-Team zu überbringen.



**Walter Bruderer (FORUM):** Besten Dank Norbert Riesen für den Hinweis. Ich unterstütze die Idee, dem Bären-Team einen speziellen Dank auszusprechen. Im Prinzip wäre auch die Emmi AG bereit, eine Stagiaire (Lebensmitteltechnologe/-in) aufzunehmen. Leider haben wir bis heute aus Trojan keine konkreten Hinweise erhalten. Die Gemeinde Brienz bildet Stagiairen auf dem Landwirtschaftssektor aus.

➤ Seite 70 (Bildung und Sport): 2.2 Anteil der fremdsprachigen Kinder

**Michael Meienhofer (FORUM):** Der Anteil der fremdsprachigen Kinder betrug im letzten Jahr 54 %. Ich glaube, dass eine spezielle Förderung dieser Kinder mit viel Arbeit verbunden ist. Aus diesem Grund schlage ich vor, bereits die drei- und vierjährigen Kindern (inkl. deren Eltern) in den Deutschunterricht aufzunehmen. So können zwei Fliegen auf einen Schlag gefangen werden. Müttern aus fremden Ländern und Kulturen wird oftmals der Weg in die „Aussenwelt“ verschlossen. Vor allem Mütter aus dem Islam lernen Deutsch durch ihre Kinder. Es wäre wünschenswert, wenn die Kinder und die Mütter gemeinsam den Deutschunterricht besuchen könnten.

**Renate Bolliger (EVP):** Der Elternverein Ostermundigen bietet solche Sprachkurse an. Zurzeit wird ein Deutschkurs mit grossem Erfolg (siehe Verwaltungsbericht Seite 181 - Kapitel 7.3 Früherkennung/Früherfassung) durchgeführt. Bereits finden Überlegungen und Diskussionen für einen zweiten Kurs statt.

**Rahel Wagner (EVP):** Ich möchte noch darauf hinweisen, dass der Anstieg auf 54 % der fremdsprachigen Kindern Folgen auf verschiedenen Ebenen auslöst. Wir von der EVP-Fraktion möchten darauf hinweisen, dass diesem Umstand und dieser Weiterentwicklung ein besonderes Augenmerk geschenkt wird.

➤ Seite 69 (Bildung und Sport): 1.2 Schulorganisation

**Rahel Wagner (EVP):** Im Bericht wurde auch die EVP erwähnt. Wieso muss bereits nach 10 Jahren die Schulorganisation geändert werden, wenn im Verwaltungsbericht festgehalten wird, dass sich diese seit dem Jahre 1994 bewährt hat?

**Gemeinderat Thomas Iten (SP):** Zum Thema „fremdsprachiger Kinderanteil“ kann ich erwähnen, dass diese Diskussion spätestens beim Integrationsleitbild wieder geführt werden muss. Möglichkeiten sind dann aufzuzeigen.

Beim Votum von Rahel Wagner möchte ich darauf hinweisen, dass wir in Traktandum 34 (Interpellation R. Wagner und Mitunterzeichnende betreffend Schulkommission; Zwischenbilanz) dieses Thema ausführlicher besprechen werden.

- Seite 90 (Hochbau): 5.4 Schulanlage Rüti

**Marco Mantarro (FORUM):** Die Erdbebensicherheit bei der Schulanlage Rüti wurde als sehr wichtig eingestuft. Die Mängel konnten vom GGR besichtigt werden. Bis heute ist jedoch noch nichts unternommen worden. In der Zwischenzeit konnten zwei Erdbeben in der Schweiz registriert werden. Wie lange warten wir noch zu und wer übernimmt die Verantwortung bei einem entsprechenden Zwischenfall?

**Gemeinderätin Florence Martinoia (SP):** Der GGR hat im letzten Dezember den Projektierungskredit für die Gesamtsanierung der Schulanlage gesprochen. Dank der verbesserten Finanzsituation der Gemeinde wurden die Sofortmassnahmen durch eine Gesamtsanierung ersetzt. Das Parlament wurde vom Stopp der Sofortmassnahmen in Kenntnis gesetzt. Gemäss Terminplan soll an der GGR-Sitzung im September ein Gesamtkredit für die Sanierung bewilligt werden. Die Problematik ist erkannt und die Erdbeben lösen auch bei mir gewisse Bauchschmerzen aus.

- Seite 127 (Öffentliche Sicherheit): 1.5 Einbürgerungen

**Rahel Wagner (EVP):** Die EVP-Fraktion befürwortet den Deutschtest und hofft, dass dieser auch in Zukunft zur Anwendung kommt.

- Seite 154 (Soziales): 9.1. Projekt Altersleitbild

**Regula Unteregger (SP):** Dem Verwaltungsbericht kann entnommen werden, dass das Altersleitbild in der Zwischenzeit erarbeitet worden ist. Das Parlament hat seinerzeit eine Motion überwiesen und das Interesse an einer alterspolitischen Zielsetzung in der Gemeinde signalisiert. Die Exekutive wird das Altersleitbild zur Kenntnis nehmen, Umsetzungsschritte beschliessen und anschliessend die Öffentlichkeit informieren. Wird auch das Parlament über die alterspolitischen Zielsetzungen orientiert?

**Gemeinderätin Annagreth Friedli (SVP):** Die Arbeitsgruppe ist an der Erstellung eines Infoflyers. Dieser wird allen Haushaltungen in Ostermündigen abgegeben. Der Flyer wird auch dem GGR vorgestellt. In der Arbeitsgruppe werden die Mithilfe sowie die konstruktiven Anregungen aus dem Parlament erwartet.

- Seite 154 (Soziales): 7. Zusammenarbeit Gemeinde - Spitex Verein

**Rahel Wagner (EVP):** Wieso hat sich das Defizit um rund Fr. 126'000.-- gegenüber dem Vorjahr vergrössert? Haben mehr Leute die Dienste der Spitex beansprucht?

**Gemeinderätin Ursula Norton (EVP):** Je mehr Hilfe die SPITEX anbietet und je mehr Klienten bedient werden müssen, desto teurer wird der Gesamtaufwand. Von der kantonalen Gesundheits- und Fürsorgedirektion wurden Kostenobergrenzen eingeführt. Das Defizit des SPITEX Vereins hält sich im kantonalen Durchschnitt an der unteren Grenze auf. Betriebswirtschaftlich arbeiten wir sehr gut. Die Aussage - je mehr beansprucht, desto teurer - trifft hier vollumfänglich zu.

**Rahel Wagner (EVP):** Es ist eigentlich „erfreulich“, dass das Defizit ansteigt. Dieser Umstand zeigt uns auf, dass die SPITEX vermehrt in Anspruch genommen wurde.

15,5 % der Jugendlichen in Ostermundigen beziehen Sozialhilfe. Dieser Umstand stimmt uns sehr nachdenklich. Er zeigt uns, dass heute Kinder ein so genanntes Armutrisiko sind. Die EVP-Fraktion möchte sich mit Vehemenz für eine Stärkung der Familien einsetzen.

➤ Seite 161 und ff (Vormundschaft/Justiz)

**Claudine Basler (SP):** Der SP-Fraktion ist besonders aufgefallen, dass vielmehr Arbeiten und Tätigkeiten gegenüber dem Vorjahr angefallen sind. Wir möchten diesem Umstand unseren Respekt sowie ein Dankeschön aussprechen. Vor allem bei den Gefährdungsmeldungen bei den Kindern und Jugendlichen ist eine Zunahme zu verzeichnen. Dieser Umstand darf uns Parlamentarierinnen und Parlamentarier nicht unberührt lassen. Unser ganzes Interesse muss darin liegen, dass unsere Kinder und Jugendlichen unter möglichst optimalen Bedingungen aufwachsen können. Die Gemeinde ist hier gefordert und die SP-Fraktion wird sich aktiv dafür einsetzen.

Ich bin mir bewusst, dass wenn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch Gewalt und Übergriffe bedroht werden, das Jugendamt mit genügend personellen Ressourcen ausgestattet werden muss. Die Mitarbeitenden haben den Anspruch auf körperliche Unversehrtheit.

Die Zunahme bei der freiwilligen Beratung von asylbewerbenden Familien zeigt deutlich, dass die Integration in Ostermundigen ein zentrales Thema wird. Die überwiesene Motion für ein Leitbild und ein Konzept inkl. den entsprechenden Massnahmen ist innert nützlicher Frist umzusetzen. Es ist eine Bestätigung, dass Familien und Menschen anderer Länder und Kulturen persönliche Begleitung benötigen. Dieser Umstand deckt sich mit der dritten kantonalen Integrationskonferenz von Bern. Hier wurde das persönliche Ansprechen und Begleiten als ganz grosses Bedürfnis erkannt und als „Muss“ für die Zukunft verabschiedet.

Das Jugendamt kann auch entlastet werden, indem die Personen aus den anderen Ländern und Kulturen ihre reichlichen Ressourcen mitbringen, welche Ostermundigen bis heute noch nicht abgeholt hat.

Es liegen keine weitere Wortbegehren mehr vor. Einstimmig fasst der Grosse Gemeinderat den folgenden

**B e s c h l u s s :**

1. Der Verwaltungsbericht für das Jahr 2004 wird genehmigt.
2. Gestützt auf den Bericht über den Stand der unerledigten Motionen und Postulate per 31. Dezember 2004 und aufgrund von Artikel 53 Absätze 8 und 9 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates vom 26. Oktober 2000 werden folgende parlamentarische Vorstösse als erledigt abgeschrieben.
  - a. *Überparteiliches Postulat vom 24. März 1994 betreffend Beleuchtung von Veloabstellplätzen und -unterständen*
  - b. *Postulat CVP-Fraktion vom 20. März 2003 betreffend Überarbeitung Sanierungskonzept Schulanlagen*
  - c. *Postulat N. Riesen (SP) vom 3. Juli 2003 betreffend langfristiger Investitionsbedarf*
  - d. *Postulat A. Thomann (SP) vom 13. Mai 2004 betreffend Verwaltungsbericht 2004: Kapitel 6: öffentlicher Verkehr*
  - e. *Postulat T. Iten (SP) vom 1. Juli 2004 betreffend Erarbeitung eines Variantenvorschlages für Mehrzweck- und Dreifachturnhalle*
3. Das Postulat R. Kehrl (SP) betreffend Unpersönliche Generalabonnemente der SBB „Flexicard“ wird abgewiesen.

28    10.141        Vandalismus-Prophylaxe  
      10.372        Motionen

### **Überparteiliche Motion betreffend Vandalismus in Ostermundigen; Begründung**

#### **Wortlaut**

*Der Gemeinderat wird beauftragt, geeignete Massnahmen zur Vandalismusprävention zu ergreifen, mit dem Ziel, innert Jahresfrist für ein sauberes Ortsbild zu sorgen.*

#### **Begründung**

*Nach wie vor ist der Vandalismus in Ostermundigen ein Problem. Bei der Bushaltestelle „Dreieck“ hat es keine Scheiben mehr, es ist dreckig und versprayt. Immer wieder werden Abfalleimer aus der Halterung gerissen oder einfach ausgeräumt und der Müll liegt am Boden. Die Automaten zum Lösen eines Parktickets oder eines Busbillets werden mutwillig verstopft. Offenbar gibt es immer wieder Einzeltäter oder Gruppen, welche Freude am Zerstören von öffentlichen Anlagen oder Privathäusern haben.*

*Das Ortsbild von Ostermundigen ist in der Folge wenig erfreulich und trägt nicht zur Attraktivität bei. Meist bleiben die Zerstörungen über Wochen und Monate, ohne dass ersetzt, repariert oder gereinigt wird. Kein Wunder ergeben die jüngsten Umfragen, dass sich die Bevölkerung nervt.*

*Nachdem der kalte Winter vorübergehend zu einer Beruhigung beigetragen hat, dürfte die warme Jahreszeit wieder eine Verschlechterung des Zustandes bringen. Daher stellt sich aktuell die Frage nach Gegenmassnahmen. Es bieten sich namentlich folgende Massnahmen an:*

- 1. Sofortiger Ersatz bzw. Reparatur oder Reinigung beschädigter Objekte;*
- 2. Vermehrte Polizeipräsenz und hartes Durchgreifen;*
- 3. Kameras zur Überwachung öffentlicher Anlagen.*

**Markus Truog (SVP):** Heute Abend wurde bereits über ein „attraktives Ostermundigen“ gesprochen. Aus unserer Sicht gehören nicht nur die Finanzen, sondern auch das Erscheinungsbild zu einer attraktiven Gemeinde. Aus diesem Grund haben wir die vorliegende Motion eingereicht.

Erscheinungsbild: Die Bahnhofunterführung wurde saniert. Keine 14 Tage später wurde wieder gesprayt. Auch die Busstationen geben ein wenig erfreuliches Bild ab. Uns ist es ein grosses Anliegen, dass der Gemeinderat hier ein Zeichen setzt und diesen Missstand aus dem Wege räumt. In der Bevölkerungsbefragung wurde das Thema „Verschmutzung und Sprayereien“ auf Rang vier gesetzt. Aus diesem Grund bitten wir den Rat, die Motion zu überweisen.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 19. Mai 2005

---

**Gemeinderat Thomas Werner (SP):** Generell zur Begründung das Ortsbild von Ostermundigen sei wenig erfreulich einige Hinweise:

Am Montag, Mittwoch und Donnerstag findet der so genannte „Dörflicher“ statt. Bei dieser Tätigkeit handelt es sich um Arbeiten wie Strassen- und Trottoirreinigung, Leerung der Abfalleimer, Reinigung der öffentlichen Anlagen und der Bushaltestellen, usw.. Der Vorwurf, dass über Monate nicht gesäubert wird, ist somit nicht richtig.

Im weiteren wurden verschiedene Vorstösse des Tiefbauamtes, welche darauf zielten die Vandalensituation in den Griff zu kriegen, in der Vergangenheit aus Kostengründen durch die politischen Gremien abgelehnt. Beispiele:

- Wochenend-Reinigung der Bushaltestellen um abgerissene Abfalleimer über das Wochenende zu entfernen
- Neuer Anstrich der Bus- und Veloabstellplätze
- Umgestaltung und Verbesserung der Situation bei der Bushaltestelle der Dreieckanlage

Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass verschiedene Massnahmen im Sinne der Motion vorgeschlagen, aber politisch nicht akzeptiert wurden. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass die Problematik nicht allein mit sofortigem Entfernen der Schäden bzw. der Sprayereien gelöst werden kann. Parallel dazu müssen auch präventive Massnahmen getroffen werden. Aus Sicht des Tiefbauamts sei nur das Beispiel Umgestaltung der Dreieckanlage genannt. Eine weitere Prävention, welche das Tiefbauamt gemeinsam mit der SBB anstrebt, ist das gezielte Anbringen von legalen Graffiti in der Unterführung Bernstrasse.

Nach Ansicht des Gemeinderates ist Vandalismusbekämpfung somit nicht nur ein Problem des Tiefbauamtes und der Polizei, sondern, Zitat Bund vom 19.4.2005:  
*...man weiss inzwischen: Die blinden Vandalenakten richten sich meist gegen öffentliches Eigentum, den Staat und das Gemeinwesen. Die Täter sind meist zwischen 14 und 18 Jahre alt.... Weiter Jugendliche mit einer strukturierten Freizeit weisen eine niedrigere Delinquenzrate auf, als jene, die auf der Strasse herumhängen. ... In der Prävention kommt der mobilen Jugendarbeit besondere Bedeutung zu.*

Zu den einzelnen Massnahmen:

*Punkt 1)*

Schäden an Beleuchtungen und Inventar in der Öffentlichkeit werden, wo es noch Sinn macht, bereits heute und auch künftig sofort behoben (ohne Sprayereien). Diese Kosten belaufen sich pro Jahr auf ca. Fr. 15'000.--, was im Vergleich zu anderen Gemeinden als relativ gering einzustufen ist.

*Reinigung beschädigter Objekte*

Es handelt sich nicht um ein Problem der Ausführung von Reinigungsarbeiten und des Ersatzes. Die Frage lautet vielmehr, was Ostermundigen bereit ist dafür zu zah-

len. Als Beispiel: Sollen in den Unterführungen alle Sprayereien immer sofort entfernt werden? Da stellt sich die Frage: Wie oft ist das? Ist es monatlich oder einmal jährlich? Wahrscheinlich eine Frage des gewünschten Standards.

#### *Kostenrelevanz*

Werden die Sprayereien in allen Unterführungen einmal im Monat entfernt (Annahme: alle Wände sind versprayed), ist mit Kosten von max. 2,08 Mio. Franken (!!!) pro Jahr zu rechnen. Sollen die Sprayereien einmal im Jahr entfernt werden, entstehen Kosten von ca. Fr. 180'000.-- pro Jahr. Irgendwo dazwischen liegt das anzustrebende Mass.

Die Präsidialabteilung und die Bauabteilungen wurden vom Gemeinderat beauftragt aufzuzeigen, was die Entfernung der Sprayereien an Gebäuden und Kunstbauten in der Gemeinde kostet. Zudem soll auch mit den privaten Liegenschaftseigentümern eine Lösung gesucht werden.

#### *Punkt 2)*

Das Behandeln von Sachbeschädigungen liegt in der Kompetenz der Kantonspolizei. Selbstverständlich leistet auch die Gemeindepolizei ihren möglichen Präventionsanteil und leitet Wahrnehmungen auf diesem Gebiet weiter resp. übergibt angehaltene Personen der Kantonspolizei. Vermehrte Polizeipräsenz ist auf beiden Seiten mit Stellenaufstockungen verbunden.

Für eine vermehrte Polizeipräsenz spricht, dass dort wo die Polizei sich gerade aufhält, meistens keine Vandalenakte verübt werden (Demos/Macht der Menge ausgenommen). Es wäre aber auch bei extrem mehr Polizisten nicht möglich, zu jeder Zeit an jedem Ort zu sein. Das Aufstocken des Gemeindepolizeikorps würde in Bezug auf die momentane kantonale Situation ohnehin keinen Sinn machen und dürfte kaum auf der Linie aller politischen Parteien von Ostermündigen liegen. Rein auf Frankenbeträge bezogen wäre beispielsweise das Ersetzen von demolierten Parkbänken billiger, als einen zusätzlichen Polizisten zu beschäftigen, obschon auf diese Weise dem Rechtsempfinden zweifellos nicht Genüge getan wird.

Die Polizei ist bei der Ausübung ihrer Tätigkeit an klare Vorgaben gebunden (Verhältnismässigkeit/nicht mit Kanonen auf Spatzen schiessen und Gesetzmässigkeit/ohne Gesetz keine Legitimation zu polizeilichen Handlungen). Sachbeschädigungen sind beispielsweise Antragsdelikte. Dies bedeutet, dass es ohne vorliegenden Strafantrag der in ihren Rechten verletzten Person auch kein Handeln der Polizei gibt.

#### *Punkt 3)*

Möglicherweise würde das Installieren von Überwachungskameras an exponierten Stellen Erfolg bringen. Die Diskussionen über dieses polarisierende Thema sind bekannt. Bevor der Gemeinderat auf diesem Gebiet irgendwelche Aufträge für eine Machbarkeitsstudie erteilt, muss der Grosse Gemeinderat ausdrücklich seine Zustimmung dazu erteilen.

Die Polizei macht, was sie kann. Sie ist aber lediglich als Glied in der Kette und nicht als "Allerweltsmittel" gegen alle möglichen Gesellschaftsveränderungen zu betrachten.

Der Gemeinderat ist bereit, die Motion in der Form eines Postulats entgegen zu nehmen und den GGR zu gegebener Zeit wieder zu informieren.

**Eduard Rippstein (CVP):** Die CVP-Fraktion lehnt die Motion ganz klar ab. Sauberkeit und Ordnung ist auch für uns ein echtes Anliegen. Wir sind jedoch dagegen, mit „Kanonen auf Spatzen zu schiessen.“ Es ist richtig, dass das Tiefbauamt zusammen mit dem Werkhofpersonal die verschiedenen Standorte in einem guten Zustand hält. Das Aufstellen von Kameras bringt ein Datenschutzproblem und die Auswertung benötigt einen grösseren Personalaufwand. Polizeipräsenz ja, informieren, den Dialog suchen sowie an die Eigenverantwortung appellieren - und wir Erwachsene sollten als „gute Beispiele“ voran gehen.

Was ist Vandalismus überhaupt? Alle Anwesenden hier im Saal haben in der Jugendzeit einen Unfug oder Streich ausgeführt, ohne deshalb gleich als „Vandalen“ betitelt worden zu sein. Doch dürfen Vandalenakte wie Autobeschädigungen oder Verwüstungen im grösseren Stil nicht unbestraft toleriert werden.

**Aliki Maria Panayides (SVP):** Der Gemeinderat schlägt vor, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Wir haben heute Abend bereits gehört, was passiert, wenn solche Postulate entgegen genommen werden. Sie „Tümpeln“ vor sich hin und nichts passiert. Wir wollen an der Motion festhalten, damit von Seiten des Gemeinderates endlich etwas in die Wege geleitet werden muss. Es geht uns nicht um die drei Punkte, die Thomas Werner schön abgehandelt hat. Wir möchten, dass der Gemeinderat das Problem ernst nimmt und sieht, dass es sich hier um ein Bedürfnis aus der Bevölkerung handelt. Welche Massnahmen vorgeschlagen werden, ist uns ziemlich egal. Sie müssen nützen und wir sind sicher, dass der GGR dem Massnahmenkatalog zustimmen wird. Das Problem drückt nach wie vor. Wir können nicht immer von einem attraktiven Ostermündigen sprechen, mit vielen Neuzuziehenden, vielen potenten Steuerzahlenden etc. und anschliessend nichts für ein attraktives Ortsbild unternehmen. Aus diesem Grund bitte ich den Rat, die vorliegende Motion zu unterstützen.

**Walter Bruderer (FORUM):** Bereits im Herbst 2004 haben wir dem Gemeinderat in ähnlicher Richtung wie die SVP-Fraktion geschrieben. Aus diesem Grund sind wir bereit, den politischen Vorstoss zu überweisen. Ich möchte kurz begründen warum:

Wie Thomas Werner mitgeteilt hat, sind gewisse Abklärungen bereits im Gange. Wir hoffen auf viele nützliche Ideen und Problemlösungen seitens des Gemeinderates. Es entsteht leider ein wenig der Eindruck, dem Gemeinderat sei es egal, ob überhaupt Vandalismus passiert oder nicht. Vandalismus ist keine ausgesprochene Jugendsünde, aber Kosten sind mit dem Vandalismus verbunden. Es scheint zweck-



mässig zu sein, wenn der Gemeinderat sich Gedanken über allfällige Konsequenzen macht. Ich teile die Aussage von Eduard Rippstein, dass primär die Erwachsenen die Vorbildfunktion übernehmen sollten. Der Gemeinderat hätte hier eine Chance, die Vorbildfunktion gegenüber den Jugendlichen wahrzunehmen. Ein Wirken seitens des Gemeinderats wird auf jeden Fall gewünscht.

Der Hauseigentümergeverband und die Gebäudeversicherung wollen in der Stadt Bern bei der Aktion „Casa Blanca“ mithelfen. Eine ähnliche Aktion wäre auch in Ostermundigen vorstellbar, wenn dadurch das Ortsbild verbessert werden kann. Die Sensibilisierung der Bevölkerung muss in zusätzlichem Ausmass stattfinden. Die Schuldigen sind eventuell bei der Schadensbehebung zur Rechenschaft zu ziehen. Erwünschenswert wäre auch, wenn diese Aspekte bereits in der Schulstube thematisiert werden. Die jungen Menschen können vielleicht uns Erwachsenen gute Vorschläge unterbreiten. Der Umweltpreis der Gemeinde Ostermundigen könnte als Anreiz für das Thema „Vandalismus“ herangezogen werden.

Den Motionstext möchte ich noch wie folgt leicht abändern: *Der Gemeinderat wird beauftragt, geeignete Massnahmen zur Vanalimusprävention zu ergreifen, mit dem Ziel, innert Jahresfrist für ein sauberbleibendes Ortsbild zu sorgen.* Es darf nicht zu einer einmaligen Aktion kommen. Das Ortsbild ist mit bleibendem Charakter sauber zu halten.

**Renate Bolliger (EVP):** Die EVP-Fraktion stimmt dem ursprünglichen Motionstext bis zu Massnahmenpunkt eins zu. Auch wir finden beschädigte und verschmutzte Objekte in unserer Gemeinde schlecht. Diese (z. B. Kinderspielplätze) müssen umgehend repariert werden. Auch „stinkt“ es mir, bei der versprayten Dreieckanlage auf den Bus zu warten. Die EVP-Fraktion kann jedoch die Massnahmenpunkte 2 und 3 nicht unterstützen. Die vermehrte Polizeipräsenz scheint unrealistisch zu sein und ist mit hohen Kosten verbunden. Das Aufstellen von Überwachungskameras ist aus unserer Sicht bereits jenseits des tolerierbaren. Ein „Big Brother“ in Ostermundigen ist unerwünscht.

Wir befürworten die Umwandlung der Motion in ein Postulat. Es soll Aufgabe des Gemeinderates sein, geeignete Gegenmassnahmen zu treffen. Der vorliegenden Motion können wir nicht zustimmen.

**Rupert Moser (SP):** Die SP-Fraktion kann die Motion nicht unterstützen, auch nicht wenn sie in ein Postulat umgewandelt werden sollte. Mich persönlich wundert es ausserordentlich, dass der Vorstoss auch von Angehörigen der FDP unterschrieben wurde, ist doch die Wortwahl im Text - z. B. „hartes Durchgreifen“ - keineswegs freisinnig, keineswegs libertär, sondern bereits postfaschistoid, könnte aus dem bekannten „Wörterbuch des Unmenschen“ stammen.

Doch zum Inhalt der Motion: Ich bin froh, in einer so sauberen und keineswegs dreckigen und vom Vandalismus geprägten Gemeinde zu leben. Ostermundigen ist sauber, und das Ortsbild ist erfreulich - und nicht „wenig erfreulich“. Natürlich kommt und kam es zu allen Zeiten und an allen Orten zu Phänomenen des Vandalismus,

verübt zumeist von frustrierten Leuten und hier zumeist von der ungestümen Jugend. Während Zeiten der Frustration in der pubertären und postpubertären Phase haben auch manche unserer Generation unüberlegten Blödsinn begangen. Wäre damals hart durchgegriffen worden, wären uns möglicherweise manche Zukunftschancen verbaut gewesen. Mit dem Abbau der Frustrationen und mit echten Berufsmöglichkeiten verschwand auch die Neigung zum Vandalismus.

Unsere Ortspolizei ist effizient und gut geführt, doch naturgemäss kann auch sie nicht unsere Jugend vor Frustrationen schützen. Das könnten viel besser z. B. Massnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit - die SP-Fraktion kommt heute noch darauf zurück. Mit der Anstellung von ein oder zwei zusätzlichen Polizisten oder Polizistinnen könnte natürlich auch die von dem Vorstoss geforderte vermehrte Polizeipräsenz erreicht und damit das Sicherheitsgefühl einiger Einwohnerinnen und Einwohner verstärkt werden. Diese Massnahme wäre jedoch unverhältnismässig und ich bezweifle, ob die Motionärinnen und Motionäre auch die finanziellen Folgen für unser Budget tragen wollten.

Was die Überwachungskameras betrifft: George Orwell lässt grüssen. Zwar versuchen uns gewisse Fernsehsendungen mit der Überwachung durch „Big Brother“ vertraut zu machen, aber im öffentlichen Raum ist sie - Gott sei Dank - rechtlich noch zu umstritten, als dass sie hier bei uns durchsetzbar wäre. Hinzu kommt das Kostenargument - auch was den verlangten „sofortigen Ersatz bzw. Reparatur“ betrifft.

Ich schliesse: Ostermundigen ist schön, sauber und friedlich. Die verlangten Massnahmen sind a) unnötig und würden b) in keinem Verhältnis zu ihren Kosten stehen.

**Peter Wegmann (FDP):** Ich möchte den Erstunterzeichner ermuntern, an der Motion festzuhalten (ob mit Originaltext oder mit dem Abänderungsvorschlag). Vandalismus ist kein einfaches Delikt und es nimmt stetig zu. Ich teile nicht die Meinung meines Vorredners: Ostermundigen hinterlässt keinen sauberen Eindruck. Wenn wir nicht vermehrt Sorge tragen, wird Ostermundigen demnächst so verschmutzt wie die Stadt Bern sein.

Vandalismus wird vielenorts als „Gentleman-Delikt“ apostrophiert. Anders dargelegt, handelt es sich hier aber um die Anfangsstufe für weitere und gröbere Delikte. Die Zerstörungswut nimmt zu und wie bereits in den von Thomas Werner zitierten Presseartikel des „Der Bund“ erwähnt, kann diese Zerstörungswut nur schwer nachvollzogen werden. Primär geht es um die Ursachenforschung. Indem wir den Dreck und die Schmierereien ständig wegwischen und entfernen, wollen wir das Problem nicht sehen. Das Problem muss aber bereits beim Verursachenden gelöst werden. Hier wird nicht auf Spatzen geschossen, denn hier handelt es sich um ein ernstzunehmendes Delikt. Auch die Polizei sollte diesem Missstand Rechnung tragen. Für eine vermehrte Polizeipräsenz benötigen wir keine Stellenaufstockung. Die Polizei sollte sich auf das Wesentliche konzentrieren und nicht immer nur falsch parkierte Autos mit einer Ordnungsbusse versehen. Die Prioritätensetzung muss hier ganz klar weiter verfolgt werden. Die FDP-Fraktion unterstützt die vorliegende Motion.

**Egon Julmi (FDP):** Ich mache einen Zeitsprung zurück ins Jahr 1998. In diesem Jahr habe ich bereits eine ähnliche Motion eingereicht. Leider wurde diese damals abgelehnt und ich wurde als „jugendfeindlich“ bezeichnet. Das Ergebnis des damaligen Vorstosses kann in der Form der heutigen Sprayerwand entlang des Oberfeldweges registriert werden. Leider wird die Sprayerwand heute nicht mehr aktualisiert.

Weiter wurde mehrmals mit vermehrter Polizeipräsenz und einer Kameraüberwachung argumentiert. Das sind alles Punkte, welche in der Begründung festgehalten worden sind und als solche nicht im Motionstext stehen. Auch ich werde der Motion (im Original- oder in der abgeänderten Textversion) zustimmen.

**Regula Unteregger (SP):** Ich bin erstaunt über den Verlauf dieser Diskussion. Hätte unsere Fraktion diesen Vorstoss eingereicht, wäre schon lange die Frage betreffend der Finanzierung aufgeworfen worden. Die gleichen Kreise möchten im Jahre 2006 noch zusätzlich die Steuern senken. Mich persönlich stören die Schmierereien überall auch. Gegen diesen Missstand muss zweifellos etwas unternommen werden. Doch die Verhältnismässigkeit ist zu wahren. Die Beispiele in der Begründung wie in der gemeinderätlichen Stellungnahme werden Mehrkosten auslösen. Sollten diese Massnahmen im nächsten Jahr umgesetzt werden, so möchte ich gerne wissen, welche finanziellen Mitteln dafür einzusetzen sind.

**Markus Truog (SVP):** Der Wortlaut der Motion ist in einem Satz festgehalten. Über die Begründung wurde jetzt bereits ausführlich diskutiert. Wir erwarten vom Gemeinderat einen Vorschlag, wie die entsprechenden Massnahmen ergriffen werden können. Wir erwarten auch einen günstigen Lösungsvorschlag. Der Gemeinderat ist gefordert, nachhaltige und kostengünstige Massnahmen zu ergreifen.

Besten Dank Walter Bruderer für den Textvorschlag. Wir sind selbstverständlich bereit, den Motionstext ..., *innert Jahresfrist für ein sauberbleibendes Ortsbild zu sorgen*. ... abzuändern. Wir halten an der Motion fest und bitten den Rat um dessen Unterstützung.

**Theo Lutz (SP):** Wichtig ist, dass die ganzen Zusammenhänge erkennbar sind. Erst vor kurzer Zeit wurde im Rat über Integrationsmassnahmen von Ausländerinnen und Ausländern abgestimmt. Auch im vorliegenden Geschäft spielen diese Integrationsmassnahmen eine wichtige Rolle. Ein verstärktes Engagement kommt letztendlich allen Schweizerbürgerinnen und -bürgern zugute. Bei den Integrationsmassnahmen muss der Hebel angesetzt und auch investiert werden. Eine Verzettelung in die Vandalenmassnahmen scheint wenig sinn- und wirkungsvoll zu sein. Die Angaben in der vorliegenden Motion zeigen eindeutig Richtung „Polizeistaat“. Die benötigten finanziellen Mittel zur Lösung des Problems, können besser eingesetzt werden.

**Michael Meienhofer (FORUM):** Bereits seit 10 Jahren wird über dieses Problem diskutiert. Das Parlament ist da, Lösungen zu finden. Wir sind es unseren Wählerinnen

und Wählern schuldig, in dieser Angelegenheit eine möglichst allseits befriedigende Lösung vorzulegen. Wir wollen uns nun klammheimlich aus der Aphäre ziehen, in dem wir die finanziellen Mittel, Polizeistaat etc. in die Waagschale werfen. Es ist ein Auftrag an den Gemeinderat, hier eine geeignete Lösung zu finden. Wird dieser Auftrag nicht erfüllt, werden wir in den nächsten 10 Jahren wieder einen Bogen um dieses Thema machen. Etwas muss unternommen werden. Bei den Überwachungskameras handelt es sich lediglich um einen Vorschlag. Das Parlament kann jederzeit Änderungen oder Beifügungen beschliessen. Wir haben das Sagen in der Gemeinde. Also sollte jetzt etwas dagegen unternommen und nicht wieder 10 Jahre gewartet werden.

**Peter Wegmann (FDP):** Dem Votum von Regula Unteregger möchte ich entgegenhalten, dass die FDP-Fraktion für das Sparen in unserer Gemeinde einsteht. Aber es darf hier nicht die Beseitigung des Abfalls, des Schmutzes, der Sprayereien etc. in Frage gestellt werden. Die Bekämpfung des Vandalismus kann ohne Stellenaufstockung beim Polizeipersonal durchgeführt werden. Somit erübrigt sich die Kostenfrage.

**Rupert Moser (SP):** Es wurde immer wieder die Vandalismusprävention (Wortlaut der Motion) unabhängig von der Begründung erwähnt. Diesen Umstand bezweifle ich. Die Begründung hätte auch ganz anders lauten können:

- Zum Beispiel könnten die Sprayhersteller so besteuert werden, dass uns die Putzerzei nichts kosten würde.
- Frustrationsabbau: Den Bau von zusätzlichen Sportplätzen für unsere Jugendlichen, Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen für Jugendliche, bessere Bezahlung der Lernenden etc.

Die Motionäre haben aber nicht diese Meinung. Der erste Satz der Motion ist sehr wohl verbunden mit der Begründung.

**Heinz Gfeller (FDP):** Die Motionäre meinen schlichtweg einen Punkt:

- Jeder Mensch ist für sein Verhalten verantwortlich.

**Ratspräsident:** Es liegen keine Wortbegehren mehr vor. Der Motionstext lautet neu wie folgt:

*Der Gemeinderat wird beauftragt, geeignete Massnahmen zur Vandalismusprävention zu ergreifen, mit dem Ziel, innert Jahresfrist für ein sauberbleibendes Ortsbild zu sorgen.*

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 19. Mai 2005

---

Der Grosse Gemeinderat fasst mit 18 zu 17 Stimmen den folgenden

**B e s c h l u s s :**

Die überparteiliche Motion betreffend Vandalismus in Ostermundigen wird abgeändert, erheblich erklärt und zur Weiterbehandlung an den Gemeinderat überwiesen.

29 10.372 Motionen

**Motion FDP betreffend Anpassen des Steuerfusses an das Niveau der umliegenden Gemeinden; Begründung**

**Wortlaut**

*Der Gemeinderat wird beauftragt, das Budget 2006 dem GGR so zu gestalten, dass der Steuerfuss demjenigen der Stadt Bern beziehungsweise den umliegenden Gemeinden angeglichen ist.*

**Begründung**

*Als Agglomerationsgemeinde haben wir einen Steuerfuss von 1,65. Gegenüber demjenigen der Stadt Bern, welcher auf 1,54 festgelegt ist, und im Vergleich zu den Nachbargemeinden Stettlen und Bolligen - mit einem aktuellen Steuerfuss von nur 1,40 - ist Ostermundigens Steuerfuss und damit die Steuerbelastung der Bevölkerung um 7 % bis 18 % höher.*

*Um unsere Gemeinde für bessere Steuerzahler interessant zu machen, muss der Steuerfuss gleich oder tiefer als derjenige der Stadt Bern sein.*

*Das vorhandene Eigenkapital und der Finanzplan lassen eine Steuersenkung ohne weiteres zu.*

*Sollte eine Senkung nicht möglich sein, hat der Gemeinderat aufzuzeigen, welche Massnahmen zu ergreifen sind um die Effizienz zu steigern und/oder welche Aufgaben und Dienstleistungen auf Grund der Mindereinnahmen (zwischenzeitlich) sistiert werden müssen.*

**Egon Julmi (FDP):** Bevor wird Geld ausgeben bzw. investieren können, müssen wir das Geld verdienen. Die letzten beiden Gemeinderechnungen konnten mit einem positiven Abschluss verabschiedet werden. Unser Eigenkapital ist auf gut 12 Mio. Franken angestiegen. Angesichts dieser guten Rechnungsabschlüsse werden auch die so genannten „Wunschlisten“ immer länger. Die Nachkredite werden „erschreckend einfach“ gewährt. Heute wurde schon über die „Traumidee“ einer Tramlinie nach Ostermundigen gesprochen.

Wenn der Kanton bzw. die Stadt Bern die reichen Gemeinden für die Zentrumslasten vermehrt zur Kasse bittet, so ist die vorliegende Motion ein Schritt in die richtige Richtung. Wenn wir einen Bevölkerungszuwachs und eine Attraktivitätssteigerung erreichen wollen, so muss unbedingt der Steuerfuss gesenkt werden. Mir sind zwei finanziell potente Familien bekannt, die in einer steuergünstigen Nachbargemeinde Wohneigentum erworben haben. Die Bevölkerung und auch die Gewerbebetriebe haben Anrecht auf einen tieferen Steuerfuss. Vor nicht allzu langer Zeit wurde hier im Rat über „Working Poor“ und die misslichen Lebensbedingungen dieser Personengruppe debattiert. Sicher ist, dass dieser Bevölkerungsschicht mehr gedient ist, wenn sie eine tiefere Steuerrechnung bezahlen müssen.

Wie die Gemeinde ihre Bevölkerung am guten Rechnungsabschluss teilhaben kann, zeigt ein Beitrag in der „Berner Zeitung“ vom 13. Mai 2005: Die Gemeinde Stettlen will dank gutem Rechnungsabschluss den Steuerfuss von 1,4 erneut senken. Das Eigenkapital von Stettlen beträgt zurzeit rund 6 Mio. Franken und ist nur halb so gross wie das Eigenkapital von Ostermundigen. Ich bitte den Rat, die Motion als Wertschätzung zugunsten unserer Bevölkerung zu überweisen.

**Gemeinderat Peter Suter (SVP):** Der Gemeinderat hat sich die Beantwortung dieser Motion nicht einfach gemacht. Umfangreiche Abklärungen waren notwendig und aus diesem Grund fällt die gemeinderätliche Beantwortung auch umfassend aus.

#### *Ausgangslage*

Gemäss der Motion soll der Gemeinderat beauftragt werden, das Budget 2006 dem Grossen Gemeinderat so zu unterbreiten, dass der Steuerfuss demjenigen der Stadt Bern bzw. dem der umliegenden Gemeinden angeglichen ist. In der Begründung wird darauf hingewiesen, dass die gegenwärtige Steueranlage von 1,65 in der Gemeinde Ostermundigen höher liegt als diejenige in der Stadt Bern, die 1,54 beträgt oder die in den Gemeinden Bolligen und Stettlen geltenden Steueranlage von 1,40. Um die Gemeinde für bessere Steuerzahler interessant zu machen - fügen die Motionäre an - müsste der Steuerfuss gleich oder tiefer als derjenige der Stadt Bern sein.

#### *Stellungnahme des Gemeinderates*

Die Gemeinde hat mit dem Voranschlag 2005 auf dieses Jahr die Steuern von 1,74 auf 1,65 gesenkt. Damit ist seit dem Jahr 1982, seit über 20 Jahren also, in Ostermundigen erstmals wieder eine Steuersenkung möglich geworden. Bei dieser Reduktion von 0,9 Steuerzehntel handelt es sich auch um eine bedeutende Senkung, die Gemeinde verzichtet damit auf Einnahmen von rund 1,8 Mio. Franken pro Jahr.

Der Gemeinderat hat sich für den Entscheid, die Steuern zu senken, auf den letztjährigen Finanzplan 2005 bis 2008 und den Finanzrichtplan für die Jahre 2009 - 2016 abgestützt. Mit dieser erweiterten Richtplanung werden die Tragbarkeit von grossen und dringend auszuführenden Investitionen und die Auswirkungen von besonderen Massnahmen, wie z. B. eine Steuersenkung, auf eine längere Sicht beurteilt.

Dieser Finanzrichtplan ist in drei Varianten ausgearbeitet worden, in einer Grundvariante, einer Entwicklungsvariante und einer pessimistischen Variante. Die Grundvariante geht von einer optimistischen und raschen Zunahme der Einwohnerzahl und so auch der Anzahl Steuerpflichtigen aus, die auf das Jahr 2007 auch eine weitere Steuersenkung auf eine Anlage von 1,60 möglich machen sollte.

Die pessimistische Variante geht davon aus, dass die Bevölkerungsentwicklung nicht im gewünschten und geplanten Ausmass eintreten wird, so dass vorderhand keine weitere Steuersenkung möglich sein wird. Die geplanten Ziele in der Gemeindeentwicklung werden für das Jahr 2005 nicht erreicht werden können. Die Gemeinde

muss sich deshalb vorerst nach der pessimistischen Variante ausrichten und die Steuern noch auf einer Anlage von 1,65 belassen.

Die Aussagen in der Begründung zur Motion, dass das vorhandene Eigenkapital und der Finanzplan eine Steuersenkung zulassen, sind falsch. Die Erläuterungen zum Finanzplan sind klar und eindeutig und der Gemeinderat ist sehr erstaunt darüber, welche Interpretationen da vorgenommen worden sind.

Die Ursache dafür, dass die Stadt Bern und die umliegenden Gemeinden mit einer tieferen Steueranlage auskommen können als Ostermundigen liegt nicht in höheren Ausgaben oder mangelnder Effizienz begründet, sondern einzig darin, dass die Steuerkraft in diesen Gemeinden deutlich höher liegt als in der Gemeinde Ostermundigen.

Die durchschnittliche einfache Steuer einer steuerpflichtigen Person in Ostermundigen beträgt Franken 1289, wogegen ein Steuerzahlender in Bern eine einfache Steuer von Franken 1752 und einer in Bolligen eine von Franken 1553 entrichtet. Diese Zahlen stützen sich auf das Jahr 2002 ab und sind so aufzufassen, dass 120 Steuerpflichtige in Ostermundigen ein gleich grosses Steueraufkommen generieren wie 100 Steuerzahlende in Bolligen. Die Steuerkraft liegt also in der Stadt Bern um 36 % und in der Gemeinde Bolligen um 20 % höher als in Ostermundigen. Das ist der wirkliche Grund für die höhere Steuerbelastung.

Die Anlagedifferenz von Ostermundigen zu der Stadt Bern beträgt 1,1 Steuerzehntel, das entspricht einer Summe von rund 2,2 Mio. Franken. Wenn die Steuern auf das Niveau der Stadt Bern gesenkt werden sollten, dann müsste dieser Betrag durch Leistungsabbau und Aufgabenverzicht eingespart werden. Der Gemeinderat hat bereits einmal - für eine parlamentarische Finanzklausur im Jahre 2001 - die freiwilligen Aufgaben, Dienstleistungen und Beiträge der Gemeinde ausgemittelt und aufgelistet und ist zum Ergebnis gelangt, dass insgesamt 2,9 Mio. Franken nicht gebundene Ausgaben vorhanden sind, die von der Gemeinde beeinflusst und eingespart werden könnten.

Das hätte natürlich sehr einschneidende Einsparungen in allen Aufgabenbereichen bedeutet, die Ausgaben wären bis zum absoluten Minimum reduziert worden. Im Bildungswesen wären dann z. B. die Aufgabenhilfe, die Schulreisen und Exkursionen gestrichen und der zweijährige Kindergarten aufgehoben worden. Die öffentlichen Anlagen und Einrichtungen für Freizeit, Kultur und Sport wären praktisch alle geschlossen worden. Das gilt z. B. für die Bibliothek, die Sportanlagen, das Freibad, das Jugendhaus usw..

Die übrigen Beiträge der Gemeinde müssten restlos eingestellt werden, das gilt für die humanitäre Hilfe wie für den Neujahrstrunk, für den Beitrag an die Jugendmusik und die übrigen Ortsvereine. Das ist alles für die Vorschläge betreffend der Verzichtsplanung offen gelegt worden. Keine politische Partei wollte sich aber dafür engagieren auch nur einen Bruchteil dieser Leistungen einzusparen, auch die Partei nicht, welche diese Motion eingebracht hat.



Sämtliche Aufgaben, wofür die Gemeinde heute Geld ausgibt, sind einmal von dem dafür zuständigen Organ bewilligt worden. Die Gesamtheit der Ausgaben ist die Summe der Bestellungen an öffentlichen Leistungen, die in Rechnung gestellt werden. Diejenigen welche fordern, die Einnahmen durch Steuersenkungen zu verringern, müssen auch bereit sein, den Abbau von öffentlichen Leistungen und Aufgaben mitzutragen, ansonsten sind diese Leute unglaublich. In diesem Sinne ist der Gemeinderat auf die konstruktiven und konkreten Sparvorschläge der FDP gespannt.

Der Gemeinderat will auch in Zukunft die Politik der sparsamen Verwendung der Mittel fortsetzen, die Attraktivität der Gemeinde weiterhin fördern und die Infrastrukturen erhalten. Die Steuern sollen dann gesenkt werden, wenn die Möglichkeiten dazu vorhanden sind, was auf das Jahr 2006 nicht möglich sein wird.

Der Gemeinderat ist gesetzlich für den Finanzhaushalt der Gemeinde verantwortlich und kann diese Motion nicht gutheissen. Er beantragt deren Ablehnung. Die Erfüllung dieser Motion würde die Gemeinde in ein finanzielles Chaos stürzen und zu einem Sanierungsfall verkommen lassen.

Walter Bruderer (FORUM): Im Prinzip stellt sich die FORUM-Fraktion auch für eine Steuersenkung ein. Eine Steuersenkung darf jedoch andere, gleichwertige Ziele nicht gefährden (z. B. Sorge um Wohnqualität, Förderung einer konstruktiven Gesellschaft sowie gesunde Gemeindefinanzen). Gesunde Finanzen sind aus unserer Sicht: steigender Eigenkapitalanteil, hohe Eigenfinanzierung, beschleunigte Fertigstellung von dringenden Investitionen und klare Prioritäten. Aufgrund des Finanzplans (da ich Finanzkommissionsmitglied bin, kenne ich diesen) hätte die vorliegende Motion erst an der GGR-Sitzung behandelt werden sollen. Wir fordern, dass die vorgesehenen Investitionen auf ihre Dringlichkeit und Wertschöpfung hin überprüft werden. An der nächsten Sitzung warten wir gespannt auf ein Echo, ob unsere Vorschläge von der FDP-Fraktion unterstützt werden oder nicht. Wir haben Investitionen festgestellt, welche in keiner Art und Weise als dringlich zu bezeichnen sind. Heute lehnen wir den Vorstoss klar ab.

**Ursula Lüthy (GB/SP):** Die Attraktivität einer Gemeinde stützt sich auf viele Faktoren. Der Steuerfuss ist nur ein wesentlicher Punkt. Einem BUND-Artikel vom 3. Mai 2005 kann entnommen werden, dass der Baubeginn im Oberdorf demnächst Tatsache wird. 83 Eigentumswohnungen sind im Gebiet Oberdorf vorgesehen. Bereits anfangs Mai haben sich über 500 Interessentinnen und Interessenten für diese Wohnungen angemeldet. Das ist doch ein kleiner Beleg dafür, dass Ostermundigen bereits heute mit einem Steuersatz von 1,74 ausserordentlich attraktiv ist.

Zur Begründung möchte ich noch erwähnen, dass die zitierte „*Steuerbelastung der Bevölkerung um 7 % bis 18 % höher*“ relativ ungenau und irreführend ist. Die Steuerbelastung setzt sich aus den Bundes-, Kantons- und Gemeindesteuern zusammen. Die Gesamtsteuerbelastung in Ostermundigen ist nur ein Bruchteil, d. h. 2 - 6 % höher als in den umliegenden Gemeinden.

Der SP-Fraktion ist es ein wichtiges Anliegen, die Attraktivität in Ostermundigen zu steigern. Zur Attraktivität einer Gemeinde gehören gesunde Finanzen und eine Verwaltung, welche für die Bevölkerung gute Dienstleistungen erbringen kann. Aus diesem Grund ist es uns nicht möglich, der vorliegenden Motion zuzustimmen.

**Philippe Gerber (EVP):** Auch die EVP-Fraktion lehnt die Motion ab. Hier handelt es sich um ein falsches Zeichen zum falschen Zeitpunkt. Mit dem vorgeschlagenen Vorgehen werden wir keine neuen Steuerzahlenden für Ostermundigen gewinnen.

Übrigens: Die Gemeinde Stettlen mit 3'000 bis 4'000 Einwohnenden, mit einer sehr aktiven Bautätigkeit und einem halb so grossen Eigenkapital (von rund 6 Mio. Franken) kann sicher nicht mit der Gemeinde Ostermundigen verglichen werden.

**Eduard Rippstein (CVP):** Wir haben kein Geld, eine Steuersenkung vornehmen zu können. Heute Abend haben wir bereits über Mehrzweckhallen und Schulhäuser diskutiert. Diese müssen erst einmal saniert werden, d. h. wir haben einen gewissen Investitionsbedarf. Ich kenne auch zwei Familien, die von Ostermundigen weggezogen sind. Der Grund ist der, dass sie keine attraktive Wohnung mieten konnten. Dieser Missstand wird aber demnächst behoben.

Zu den „Working Poor“ möchte ich noch erwähnen, dass es dieser Personengruppe egal ist, ob die Gemeinde Ostermundigen die Steuern senkt oder nicht. Schlussendlich bezahlen sie so wie so fast keine Steuern.

**Peter Wegmann (FDP):** Die FDP-Fraktion ist sich bewusst, dass es sich hier um ein heisses Thema handelt. Doch primär besten Dank Peter Suter für die Ausführungen. Es kommt immer darauf an, von welcher Seite so ein Geschäft betrachtet wird. Ebenfalls bin ich froh, dass gewisse Interpretationen vom Gemeinderat nicht verstanden wurden. Die mit der Motion verbundene Strategie wird nicht verstanden. Leistungsabbau ist mit Sicherheit kein Thema. Auch die FDP-Fraktion ist an gesunden Gemeindefinanzen interessiert. Immerhin haben wir in der Vergangenheit mitgeholfen, den finanziell richtigen Weg wieder zu finden. Es ist einzig und allein eine Frage der Strategie, wie ein attraktives Ostermundigen erreicht werden soll und da gehört eine attraktive Steuerbelastung dazu.

Hinter diesem politischen Vorstoss ist eine Marketingmassnahme zugunsten von Ostermundigen versteckt. Diese Marketingmassnahme verlangt, den Bevölkerungsabgang (inkl. den Gewerbetrieben) zu stoppen. Ob dies allein mit einer Steuersenkung erreicht werden kann, bleibt auch für uns ungewiss. Des weitern denken wir an die Zukunft - was wollen wir? Uns steht eine rosige Zukunft bevor. Die Bauvorhaben werden demnächst realisiert. Doch diese dürfen nicht isoliert betrachtet werden. Auch florierende Gewerbebetriebe gehören zu der Infrastruktur einer Gemeinde. Diese bilden ebenfalls ein nicht zu unterschätzendes Steuersubstrat.

Wir haben die Fähigkeiten dazu - ohne dass wir Geld zum Fenster hinaus werfen - und wir haben das richtige Instrument im Rahmen eines Controllings die Tendenz zu beobachten. Wichtig ist es, dass wir aus einer gewissen Lethargie erwachen. Wieso tümpelt die Wirtschaft vor sich hin? Es gibt sicher viele Gründe. Doch wesentlich scheint mir, dass wir vom reinen Verwalten weg kommen. Wir müssen einmal etwas riskieren und investieren. Mit dieser Absicht kann ein Aufschwung realisiert werden. Visionen müssen umgesetzt werden und die vorliegende Vision bewegt sich im legitimen Bereich. Ich möchte den Rat ermuntern, die vorliegende Motion zu unterstützen.

**Gemeinderat Peter Suter (SVP):** Peter Wegmann hat in seinem letzten Votum einen wichtigen Hinweis abgegeben: „Strategie sei wichtig“. Ich bin der Auffassung, dass der Gemeinderat im Gegensatz zur FDP seine Strategie offen dargelegt hat. Die FDP ist der Meinung, dass eine Steuerreduktion nicht mit einem Dienstleistungsabbau verbunden ist. Diese klare Aussage kann der Gemeinderat akzeptieren. Eine Steuerreduktion auf das Niveau der Stadt Bern (1,60 ) hat für Ostermundigen einen Steuersubstratsverlust von 2,2 Mio. Franken zur Folge.

Walter Bruderer hat recht. Die Steuersenkungsdiskussion hätte im Zusammenhang mit dem Finanzplan vorgenommen werden müssen. Hier hätten die Auswirkungen einer Steuerreduktion klar aufgezeigt werden können. Wenn wir eine Steuerreduktion auf das Niveau der Stadt Bern vornehmen, haben wir bis ins Jahre 2009 das Eigenkapital von 12 Mio. Franken aufgebraucht. Bereits ein Jahr später würde ein Bilanzfehlbetrag von 3,3 Mio. Franken generiert. In dieser Zeitspanne von fünf Jahren dürfte das Parlament keine neuen Ausgaben erfinden. Es können nur die bis heute bekannten Investitionen realisiert werden. Mit den Schulhaussanierungen darf nur äusserst haushälterisch umgegangen werden.

Vielleicht wäre es für die FDP vorteilhaft, wenn sie sich eine Strategie zurecht legt. In diesem Falle sollten auch die gesetzlichen Grundlagen studiert werden. In der kantonalen Gemeindeverordnung wird in Artikel 65 erwähnt, dass ein Bilanzfehlbetrag innerhalb von acht Jahren wieder abgebaut werden muss. Bei einer Steuerreduktion auf das Niveau der Stadt Bern wären wir bereits ab dem Jahre 2010 verpflichtet, den Bilanzfehlbetrag abzubauen. Ob eine kurzfristige Steuersenkung und anschliessend wieder eine Steuererhöhung vorgenommen werden soll, liegt in der Kompetenz des Parlamentes. Denn das Parlament legt schlussendlich die Finanzstrategie fest. Der Gemeinderat ist aber klar der Auffassung, dass eine - wie in der Motion verlangte Steuerreduktion - nicht vorgenommen werden kann. Aus diesem Grund ist die Motion abzulehnen.

**Egon Julmi (FDP):** Die vorliegende Motion ist rigoros und dessen bin ich mir absolut bewusst. Die Bedenken aus der Sicht der SP-Fraktion kann ich teilweise verstehen. Grundsätzlich bin ich aber erstaunt, dass wir nur wegen einigen Wünschen im Finanzplan unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern keine Steuerreduktion gewähren wollen. Um einen ersten Schritt zu tun, bin ich bereit, den Motionstext wie folgt anzupassen:

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 19. Mai 2005

---

*Der Gemeinderat wird beauftragt, die Steueranlage innerhalb der nächsten Jahre mindestens dem Niveau der Stadt Bern anzugleichen. In einem ersten Schritt ist das Budget 2006 so zu gestalten, dass die Differenz des Steuersatzes zur Stadt Bern um die Hälfte, also auf 1,60 verkleinert wird.*

Mit dieser Korrektur wird nur eine kleine Differenz zur heutigen Steueranlage vorgenommen. Gegenüber der Öffentlichkeit kann unser Image „Gemeinde mit hohem Steuerfuss“ ein wenig verbessert werden. Ich hoffe, dass das Parlament und insbesondere die SP-Fraktion mit dieser Textanpassung der Motion zustimmen werden.

**Norbert Riesen (SP):** Heute geht es darum, ob wir den im Finanzplan aufgezeigten Weg gehen oder ob wir einen total anderen Weg einschlagen wollen. Die SP-Fraktion stellt sich klar hinter den eingeschlagenen Weg, so wie er im Finanzplan festgehalten ist. Auch eine abgeänderte Motion kann uns nicht umstimmen. Wir werden die Motion ablehnen.

Dem Votum von Egon Julmi möchte ich noch anfügen, dass wir die Frage der „Wirtschaftsfreundlichkeit“ bei einer anderen Gelegenheit diskutieren.

**Peter Wegmann (FDP):** Der Finanzvorsteher hat uns mit einigen Zahlen zugedeckt. Was ich jedoch vermisse, ist dass in keiner Argumentation das Stichwort „Gemeindewachstum“ zum Zuge kam. Auch das Gemeindewachstum liegt im Zuständigkeitsbereich der Exekutive und diesem muss ebenfalls Rechnung getragen werden.

**Christoph Künti (SVP):** Dem Votum von Norbert Riesen möchte ich noch anfügen, dass das Resultat der letzten positiven Rechnungsabschlüsse auch auf die Gemeindeführung von bürgerlicher Seite zurück zu führen ist. Ich bitte die Motionäre zu prüfen, ob die Überweisung dieses politischen Vorstosses heute das Richtige ist.

**Gemeinderat Peter Suter (SVP):** Ich kann bei diesem Geschäft mit gutem Gewissen die Meinung des Gemeinderates vertreten. Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass die Motion mit abgeändertem Text auch nicht überwiesen werden soll. Im Rahmen der bereits im Gemeinderat zurückliegenden Finanzplandiskussion, hat sich der Gemeinderat ganz klar für die eingeschlagene Finanzstrategie ausgesprochen. Diese Strategie sieht vor, dass wir für die Jahre 2005 und 2007 je eine Steuersenkung von einem halben Zehntel vornehmen können. An dieser Strategie halten wir fest.

**Egon Julmi (FDP):** Der Gemeinderat hat seine Haltung klar kommuniziert. Erste Arbeiten für den nächsten Finanzplan wurden bereits ausgeführt. Der Grosse Gemeinderat gibt aber die Richtung vor. Wenn der Grosse Gemeinderat sagt: „der Gemeinderat hat zu tun...“, so hat er sich diesen Anordnungen anzunehmen. Ansonsten ver-

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 19. Mai 2005

---

fallen wir hier zu einem „Kopfnickerparlament“. Ich halte an meiner abgeänderten Motion fest.

**Ratspräsident:** Es liegen keine weiteren Wortbegehren vor. Die Abstimmung für die Motion mit abgeändertem Text

*Der Gemeinderat wird beauftragt, die Steueranlage innerhalb der nächsten Jahren mindestens dem Niveau der Stadt Bern anzugleichen. In einem ersten Schritt ist das Budget 2006 so zu gestalten, dass die Differenz des Steuersatzes zur Stadt Bern um die Hälfte, also auf 1,60 verkleinert wird.*

kann vorgenommen werden.

Der Grosse Gemeinderat fasst mit 22 zu 8 Stimmen den folgenden

### **B e s c h l u s s :**

Die Motion FDP betreffend Anpassen des Steuerfusses an das Niveau der umliegenden Gemeinden wird abgelehnt.

----- 10 minütige Pause -----

30 10.362 Botschaften der Präsidualabteilung  
10.373 Postulate

**Postulat E. Julmi (FDP) und Mitunterzeichner betreffend erneutes Vorlegen von Geschäften bei grundlegenden Neuerkenntnissen; Begründung**

**Wortlaut**

*Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen, ob bei Neuerkenntnissen in umstrittenen Geschäften, wie dies beim neuen Kehrlichtfahrzeug anzutreffen war „Nachrüsten auf Russpartikelfilter und entsprechender Nachkredit“, nicht nochmals das gesamte Geschäft dem GGR zu unterbreiten sei.*

**Begründung**

*Mit Erstaunen war an der März-Sitzung 2005 zu vernehmen, dass der GR den GGR über die Beschaffung und technische Ausrüstung des neuen Kehrlichtfahrzeuges ungenügend informierte. Bereits in der Grundsatzdebatte vom Dezember 2004 hat der GR die Nachrüstung des Fahrzeugs mit einem Russpartikelfilter wegen den Mehrkosten von ca. Fr. 20'000.-- und der technischen Machbarkeit sowie damit verbundene Garantieprobleme (Leiter Werkstatt) klar abgelehnt.*

*Wir haben in unserem damaligen Votum ebenfalls auf diese und Unzulänglichkeiten hingewiesen. Des weiteren haben wir angeführt und bemängelt, dass man dem Rat nur ein Fahrzeugtyp zur Auswahl unterbreitet und andere Fahrzeughersteller, welche solche Partikelfilter oder andere Techniken bereits anbieten, nicht als Variante vorgelegt bekommt.*

*Nur wenige Monate später sind die damals vorgebrachten Argumente des GR nicht mehr relevant. Eine Nachrüstung auf Russpartikelfilter sei kein Problem. Der dafür nötige Nachkredit fällt klar in die Kompetenz des GR. Wäre es jedoch nicht sinnvoller gewesen, angesichts der Tatsache, dass an der Dezember-Sitzung verschiedene Bedenken zur Beschaffung geäussert wurden, dieses Geschäft als Ganzes nochmals dem GGR zu unterbreiten? Zudem kann festgestellt werden, dass in letzter Zeit die Botschaftstexte zwar ausführlich erläutert werden, aber der Beschluss als rudimentärer Punkt zusammen gefasst wird und der Rat somit kaum Möglichkeiten hat, über Einzelpunkte oder mögliche Varianten zu befinden, wenn er nicht den ganzen Beschluss in Frage stellen will.*

**Egon Julmi (FDP):** Dem Postulat ging eine Kreditbewilligung des GGR voraus. Kleinere Nachkredite liegen in der Kompetenz des Gemeinderates. Ob der GGR jedoch von diesen Nachkrediten Kenntnis erhält, ist fraglich. Ich bin mir nicht sicher, ob der Nachkredit für den Partikelfilter überhaupt publik gemacht worden wäre, wenn nicht die Medien über die Partikelfilter im Allgemeinen informiert hätten. Generell stellt sich mir die Frage, ob die GGR-Geschäfte nicht bereits im Vorfeld mit allen rechtlichen Aspekten und Normen (EU-Normen per 2006) geprüft werden sollten. Mich interessiert auch die Meinung des Gemeinderates bezüglich die Vorlegung von mehreren Varianten bei Projekten.

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Ich beziehe mich auf die Anschaffung des Kehrlichtfahrzeuges. Dass das in der GGR-Sitzung vom 16. Dezember 2004 zur Diskussion gestandene Kehrlichtfahrzeug nicht von Anfang an mit einem Russpartikelfilter beantragt wurde, lag nicht in erster Linie an den Mehrkosten. Auf den Gesamtbetrag von Fr. 307'000.-- hätte der Einbau eines Partikelfilters lediglich rund 7 % ausgemacht. Massgebend war die Aussage der Lieferfirma, dass ein nachträglicher Einbau eines Partikelfilters technische Probleme verursacht und nicht den Garantieb Bestimmungen unterliegt. Aufgrund der Voten anlässlich der GGR-Sitzung vom 16. Dezember 2004 wurde die Lieferfirma diesbezüglich nochmals angefragt. Es war auch für den Gemeinderat unschön, dass die Lieferfirma ihre Meinung innert so kurzer Zeit derart grundlegend geändert hat und jetzt den Einbau eines Partikelfilters mit Garantieschutz zusicherte. Aufgrund dieser Tatsache hat der Gemeinderat am 15. März 2005 beschlossen, das neue Kehrlichtfahrzeug mit einem Partikelfilter auszurüsten und den entsprechenden Nachkredit bewilligt.

Gestützt auf Artikel 66 b der Gemeindeordnung liegt dieser Beschluss in der Kompetenz des Gemeinderates. Es wurden keine Zuständigkeitsgrenzen verletzt und es besteht kein Anlass, das Geschäft nochmals dem GGR zur Entscheid vorzulegen. Dies umso mehr, als der Rückweisungsantrag der FDP mit 26 gegen 4 Stimmen abgelehnt und das Geschäft in der Schlussabstimmung sogar mit 26 gegen 3 Stimmen genehmigt wurde. Diesem Resultat kann entnommen werden, dass das Geschäft nur bei einer kleinen Ratsminderheit „umstritten“ war und somit kein Anlass bestand, das Geschäft nochmals zu traktandieren.

Ergeben sich bei Geschäften nach einem GGR-Beschluss grundlegende Neuerkenntnisse, die zum Beispiel zu einer Finanzkompetenzverschiebung führen, so ist es selbstverständlich, dass die Vorlage erneut dem GGR unterbreitet wird. Dies hat der Gemeinderat bisher so gehandhabt und wird es auch in Zukunft so tun.

#### *Schlussbemerkung*

Die Beantwortung dieses Postulates hat nebst dem Kopier-, Versand- und Sitzungsaufwand (Postulate werden jeweils im GR traktandiert und behandelt), einen Arbeitsaufwand (Hervorsuchen von zitierten Unterlagen, Studium dieser Unterlagen, Konsultation der rechtlichen Grundlagen, interne Koordination, Verfassen des Berichts zuhanden des Gemeinderates etc.) einen Arbeitsaufwand von rund einem halben Arbeitstag verursacht, welcher vermutlich hätte sinnvoller genutzt werden können.

Der Gemeinderat erachtet das Postulat als beantwortet und beantragt dem Parlament, dieses als erheblich zu erklären und gleichzeitig als erledigt abzuschreiben.

**Ratspräsident:** Es liegen keine Wortbegehren mehr vor.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 19. Mai 2005

---

Der Grosse Gemeinderat fasst mit 31 zu 0 Stimmen den folgenden

**B e s c h l u s s :**

Das Postulat E. Julmi (FDP) und Mitunterzeichner betreffend erneutes Vorlegen von Geschäften bei grundlegenden Neuerkenntnissen wird erheblich erklärt und gleichzeitig als erledigt abgeschrieben.



31	10.374	Interpellationen
	20.361	Finanzausgleich

### **Interpellation W. Bruderer (FORUM) und Mitunterzeichnende betreffend Zentrumslasten (ZL); Begründung und Beantwortung**

#### **Wortlaut**

*Vor ca. 4 Jahren hat das KOGAZ (= Komitee für Gerechte Abgeltung der ZL) für eine gerechte Abgeltung der ZL gekämpft und zwar mit Erfolg. Nachdem es dem eingeladenen Herr RR Lauri nicht gelungen war, die Ostermundiger ParlamentarierInnen - hier im Tell-Saal - von der Güte und der Notwendigkeit der ZL zu überzeugen, begann unter meiner Leitung das erwähnte Komitee, die Finanzströme und aufgetischten ZL systematisch zu hinterfragen.*

#### **Das Ergebnis der KOGAZ-Anstrengungen:**

*Kurz zusammengefasst entschied der Grosse Rat in der Folge, 75 % der ZL seien vom Kanton zu bezahlen. Diese Regelung brachte der Gemeinde Ostermundigen jährliche ZL-Minderaufwände von knapp 1 Mio. Franken. Statt rund 1,5 Mio. zahlt Ostermundigen z. Zt. jährlich „nur“ Fr. 600'000.--, davon rund die Hälfte für den Privatverkehr. Nach wie vor ungelöst ist jedoch das Problem, dass diverse ZL nicht oder nur bedingt im Interesse der Aussengemeinden, vor allem der städtischen Nachbargemeinden (Bsp. Ostermundigen-Bern), liegen.*

*Zurzeit sind unter der Regie von Herrn RR Gasche Fach- und politische Gremien am Werk, welche die ZL und auch die massiv geringeren Zentrumsnutzen (ZN) überprüfen. Die ersten Ergebnisse lassen erahnen, dass die ZL stark ausgebaut werden könnten. Die Gefahr liegt nahe, dass erneut versucht wird, Aufwände der Zentren auf die angeblich durchwegs reichen Agglo-Gemeinden abzuwälzen.*

*Statt bedenkenlos Finanzen in andere Kassen umzuleiten, sind für jede Dienstleistung, die einer Nachbargemeinde angeboten wird, zuerst deren Notwendigkeit, deren Nützlichkeit und deren Eigenfinanzierungsgrad durch die anbietenden und nutzenden Gemeinden zu überprüfen und festzulegen.*

#### **Frage**

*Ist der Gemeinderat bereit und gewillt, nur jene ZL finanziell mitzutragen, die im Interesse der städtischen Nachbargemeinden (Bsp. Ostermundigen-Bern) liegen?*

**Walter Bruderer (FORUM):** Für uns vom FORUM ist es klar, dass die Gemeinde Ostermundigen die städtischen Dienstleistungen mitfinanziert. Zurzeit hat der Kanton die Überprüfung der ZL vorgenommen. Es ist davon auszugehen, dass diese ZL in nächster Zeit stark ansteigen. Bei der Verabschiedung des Finanz- und Lastenausgleichsgesetzes (FILAG) Ende 2000 sind vom Grossen Rat (auf massiven Druck des KOGAZ) bedeutend weniger Kosten auf die Agglomerationsgemeinden verteilt worden. Wie viel kann im Interpellationstext nachgelesen werden.

Die grundsätzlichen Einwände des KOGAZ gegen einen Teil der massiven ZL sind bis heute weder beantwortet noch eliminiert worden. Hier noch ein paar Hinweise zu den Schwächen der ZL:

- Die Agglomerationsgemeinden werden nicht gefragt, ob sie eine städtische Dienstleistung wollen und wenn ja, zu welchem Preis (z. B. wie gross ist der Eigenfinanzierungsbedarf für das Stadttheater).
- Den Agglomerationsgemeinden wird vorenthalten, was die Stadt Bern mit den ZL geltend macht. Nur der Regierungsrat wird darüber orientiert.
- Die Finanzierung der ZL erfolgt pauschal. Ob die Bevölkerung von einer Aussen-gemeinde viele oder wenige Leistungen bezieht, spielt keine Rolle (z. B. der Vergleich Privatverkehr zwischen den Gemeinden Bäriswil, Wohlen oder Ostermündigen).
- Das Total der ZL wird nur bei den Städten im Gesamtertrag der ordentlichen Gemeindesteuern in Abzug gebracht. Die mitzahlenden Agglomerationsgemeinden aber nicht. Wenn der Kanton nach wie vor überzeugt ist, bestimmte ZL im Interesse der Städte zu erbringen, so sollen diese die Leistungen auch selber finanzieren und nicht noch die anderen Gemeinden finanziell belasten.

Unser Anliegen ist es, dass der Gemeinderat die ZL genau „unter die Lupe“ nimmt und sich nicht von der Stadt Bern (sie verfolgt begreiflicherweise nur die Eigeninteressen) vereinnahmen lässt.

**Gemeinderat Peter Suter (SVP):** In der Interpellation wird der Gemeinderat angefragt, ob er bereit und gewillt ist, nur jene ZL an die Stadt Bern mitzutragen, die im Interesse der städtischen Nachbargemeinden und so auch im Interesse der Gemeinde Ostermündigen liegen. Gemäss Begründung sollte für jede Dienstleistung, die einer Nachbargemeinde angeboten wird, zuerst deren Notwendigkeit, Nützlichkeit und Eigenfinanzierung überprüft und festgelegt werden.

#### *Stellungnahme des Gemeinderates*

Die Abgeltung von ZL ist FILAG geregelt und seit dem Jahre 2002 in Kraft. Bei der Entstehung dieses Gesetzes haben sich die Gemeinden mit Zentrumsfunktionen vehement dafür eingesetzt, dass ihre hohen ZL abgegolten werden. Als ZL sind die Leistungen einer Kernstadt - wie z. B. der Stadt Bern - gemeint, von denen auch die Bevölkerung anderer Gemeinden, insbesondere der betreffenden Agglomeration, profitieren.

Im FILAG ist eine pauschale Abgeltung in Form eines jährlichen Zuschusses für die Aufgabenbereiche privater Verkehr, öffentliche Sicherheit, Gästefrastruktur, Sport und soziale Sicherheit geregelt worden. Die Zahlung an die Gemeinden Bern, Biel und Thun wird zu drei Vierteln durch den Kanton und zu einem Viertel durch die jeweiligen Gemeinden der Agglomeration finanziert.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 19. Mai 2005

---

Die Stadt Bern erhält nun jährlich einen Zuschuss von rund 32 Mio. Franken. Die Gemeinde Ostermundigen leistet dazu einen Beitrag in der Grössenordnung von rund Fr. 550'000.-- pro Jahr.

Die Abgeltung dieser ZL war damals in den Agglomerationen sehr bestritten. Es ist bemängelt worden, dass die Gegenrechnung des Umlandes an die Kernstädte, der Zentrumsnutzen, nicht gehörig gemacht werden konnte. Zudem sind die aus den Kaufkraftströmen resultierende Steueraufkommen, die Standortvorteile nicht richtig einbezogen und die Steuerteilungen an die Gemeinde Bern überhaupt nicht angerechnet worden.

Zudem ist auch bemängelt worden, dass die Gemeinden nur zu bezahlen aber nichts zu sagen hätten. Finanzwirtschaftliche Grundsätze - wie z. B. wer zahlt, befiehlt und wer befiehlt, zahlt - würden dabei verletzt. Nach ursprünglicher Ansicht hätte die Abgeltung zu drei Vierteln durch die Gemeinden und nur mit einem Viertel durch den Kanton erfolgen sollen.

Die Opposition gegen diese ZL ist von der Gemeinde Ostermundigen ausgegangen. Hier ist erkannt worden, welche Belastungen auf die Agglomerationen des Kantons Bern und so auch auf unsere Gemeinde zukommen werden. Deshalb ist das KO-GAZ, das überregionale Komitee für eine gerechte Abgeltung der ZL, ins Leben gerufen worden. Dieses wird durch unser GGR-Mitglied und dem Erstunterzeichner dieses Vorstosses, Walter Bruderer, präsiert.

Dieses Komitee hat in der Tat erfolgreich gearbeitet und erreicht, dass die Gemeinden der Agglomeration statt der drei Viertel nur einen Viertel dieser Lasten übernehmen, wogegen der Kanton anstelle von einem Viertel nun drei Viertel der Kosten trägt.

Die Abgabe für Ostermundigen beträgt statt den vorgesehenen rund 1,5 Mio. Franken lediglich noch etwas mehr als 0,5 Mio. Franken pro Jahr. Damit konnte ein grosser materieller Schaden von der Gemeinde abgewendet werden. Der Gemeinderat und die Steuerzahlenden von Ostermundigen und den übrigen Agglomerationsgemeinden sind diesem Komitee und dem Präsidenten Walter Bruderer dankbar für seinen unermüdlichen Einsatz und sein Engagement in dieser Sache.

Trotzdem ist - um nun wieder auf die Interpellation zurückzukommen - die darin gestellte Frage zu verneinen, ob der Gemeinderat bereit und gewillt ist, nur jene ZL finanziell mitzutragen, die im Interesse der städtischen Nachbargemeinden - und so auch der Gemeinde Ostermundigen - liegen. Das übergeordnete Gesetz verpflichtet die Gemeinde zur Zahlung der pauschalen Abgeltung in den erwähnten Aufgabenbereichen und lässt hier keinen bilateralen Gang der Gemeinden zu.

Der Regierungsrat hat nun in Auftrag gegeben, diese periodisch vorgesehene Überprüfung und Anpassung der ZL vorzunehmen. Die Berechnungen aus dem Jahre 1997 sollen aktualisiert und auf das Jahr 2006 hin neu angepasst werden. Die ZL und der ZN sind nun neu berechnet worden, und auch die Gemeinde Ostermundigen hat ihre Ansprüche gegenüber der Stadt Bern geltend gemacht.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 19. Mai 2005

---

Der Gemeinderat wird sich nach seinen Möglichkeiten und auch zusammen mit den benachbarten Gemeinden politisch dafür einsetzen, dass die neue Abgeltung dieser ZL in einem für die Gemeinde tragbaren Ausmass bleiben wird.

In diesem Sinne hofft der Gemeinderat, die Interpellation befriedigend beantwortet zu haben.

**Walter Bruderer (FORUM):** Ich bin mit der Beantwortung einverstanden.

32 10.362 Botschaften der Präsidualabteilung  
10.374 Interpellationen

**Interpellation H. Gfeller (FDP) und Mitunterzeichnende betreffend Zusammenfassung von GGR-Vorlagen für zusammenhängende Projekte; Begründung und Beantwortung**

**Wortlaut**

*Offensichtlich sind die GGR-Geschäfte 12 und 13 / 2005 aus einem gemeinsamen Vorlagenentwurf hervorgegangen. Das schliesse ich aus den teilweise identischen Einführungstexten z. B. in Kap. 1.1.*

*Es ist sehr begrüssenswert, dass die Initiative der FDP zum Koordinieren und Zusammenarbeiten in Netzbauprojekten, die im letzten Oktober mit einem Podium über Planung und Bau von Netzleitungen in der Gemeinde begonnen hat, in der Vorbereitung von Infrastrukturprojekten Eingang gefunden hat.*

*Nun bleiben zu den GGR-Geschäften 12 und 13 der GGR-Sitzung vom 17. März 2005 die folgenden **Fragen**:*

- 1. Welche Hindernisse bestehen, Infrastrukturprojekte innerhalb eines Perimeters, die zeitlich zusammenhängen, dem GGR als ein einziges Geschäft mit verschiedenen Positionen und einer gemeinsamen Kostenübersicht mit Aufschlüsselung vorzulegen?*
- 2. Was muss und kann vorgesehen werden, dass solche Projekte in Zukunft in einer zusammenhängenden Vorlage dem GGR präsentiert werden?*
- 3. Wie können unnötige Administrationsarbeiten in der Verwaltung verhindert werden? Wer kann und muss dafür sorgen?*

**Heinz Gfeller (FDP):** Ich habe bereits an der letzten GGR-Sitzung zum inhaltlichen Kontext<sup>1</sup> der Interpellation eine Stellungnahme bzw. Begründung abgegeben. Diese Begründung gilt heute nach wie vor.

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Die gemeinderätliche Beantwortung lautet wie folgt:

*Zu Frage 1:*

Keine. Im vorliegenden Fall hat sich der Gemeinderat dazu entschieden, die Vorlagen getrennt vorzulegen. Dies insbesondere deshalb, weil zwischen dem Geschäft „Verlegung der Buslinie 10 auf die Bernstrasse“ und der „Netzerweiterung Wasser/Abwasser“ keine unmittelbare Abhängigkeit besteht. Die Werkleitungsarbeiten kön-

---

<sup>1</sup> (lat.) umgebender Text; Zusammenhang; Inhalt (eines Schriftstücks)

nen vorgenommen werden, ohne dass die Buslinie verlegt wird. Somit haben beide Geschäfte eigenständigen Charakter. Die interne Koordination bei Infrastrukturgeschäften erfolgt in jedem Fall, unabhängig davon, ob eine gemeinsame oder getrennte Botschaften erstellt werden. Kommt hinzu, dass bei der Zusammenfassung von zwei eigenständigen Geschäften in eine Botschaft die Gefahr besteht, dass während des Sitzungsablaufs im Parlament Verwirrungen entstehen, da die Referierenden kreuz und quer von einem Geschäftsgegenstand zum anderen diskutieren, was die Übersicht für den Ratspräsidenten sowie die Ratsmitglieder ziemlich erschwert.

*Zu Frage 2:*

Nichts. Der Gemeinderat wird auch in Zukunft in seinem Ermessen und unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorschriften (Trennungs- und Vermengungsverbot) entscheiden, ob er Geschäfte gemeinsam oder getrennt vorlegen will.

*Zu Frage 3:*

Die Verwaltung erbringt keine unnötigen Administrationsarbeiten. Werden gleich lautende Textteile von einer Botschaft in die andere kopiert, so stellt dies mit den heutigen Informatikmitteln keinen Aufwand dar. Die unnötige Administration entsteht erst mit der Beantwortung von Interpellationen zu unnötigen Fragen.

**Heinz Gfeller (FDP):** Ich bin von der gemeinderätlichen Beantwortung nicht befriedigt.

33 10.374 Interpellationen

**Interpellation E. Julmi (FDP) und Mitunterzeichnende betreffend die Situation Swisscom; Begründung und Beantwortung**

**Wortlaut**

*Kürzlich konnte man der Presse entnehmen, dass die Swisscom ihr Arbeitsumfeld nach Köniz verlegt. Dadurch verliert Ostermundigen etwa 300 - 400 Arbeitsplätze. Zudem werden dadurch etliche Büroräumlichkeiten nicht mehr genutzt. Der GR wird gebeten, über die nachstehenden Fragen Auskunft zu geben.*

**Fragen**

1. *Hat der GR vom Vorhaben einer Verlegung der Swisscom kurz- oder langfristig Kenntnis erhalten?*
2. *Hat der GR der Firma Angebote für einen Erhalt der Arbeitsplätze und/oder evtl. Verbleib in Ostermundigen unterbreitet? Wenn nein, warum nicht?*
3. *Wie gross ist der Steuerausfall (in Zahlen) durch den Wegzug der Swisscom?*
4. *Was ist mit den leerstehenden Räumlichkeiten (Poststrasse) geplant, beabsichtigt evtl. der GR diese Räumlichkeiten zu nutzen?*
5. *Was wird allgemein unternommen, um gewerbliche Abgänge zu kompensieren?*
6. *Welche Anreize/Angebote werden in Bezug auf Standortmarketing für potentielle Gewerbe-NeuzuzügerInnen bzw. -InteressentInnen geschaffen?*

**Egon Julmi (FDP):** Die beiden Bemerkungen des Gemeindepräsidenten betreffend „Aufwand bei der Verwaltung“ möchte ich hier nicht stehen lassen. Das Postulat betreffend Partikelfilter habe ich vorgängig mit dem Gemeindepräsidenten besprochen. Er persönlich hat meine Anregung, für das Einreichen eines politischen Vorstosses mit „ja“ beantwortet. Der Vorwurf, einen halben Tag unnötigen Aufwand verursacht zu haben, muss hiermit klar dementiert werden.

Zur Interpellation sei erwähnt, dass wir uns in einer sehr schnelllebigen Zeit befinden. Heute Abend haben wir über die Rechnung 2004, den Steuerfuss etc. schon längere Zeit debattiert. Das Ereignis „Swisscom“ liegt über vier Monate zurück. Das Problem ist aber noch aktuell. Mit dem Wegzug der Swisscom gingen Arbeitsplätze und Steuereinnahmen verloren. Aus diesem Grund warte ich gespannt auf die gemeinderätliche Antwort.

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Mit der vorliegenden Interpellation sind wir sehr zufrieden, wurde doch ein allseits interessantes Thema angeschnitten.

*Vorbemerkung:*

Ich möchte vorausschicken, dass nicht die Swisscom als Ganzes ihr Arbeitsumfeld nach Köniz verlegt. Es ist eine Gruppengesellschaft der Swisscom, die umgezogen ist, nämlich die Swisscom Mobile. Sie hatte ihren Hauptsitz nie in Ostermundigen gehabt. Das im Gegensatz zu einer andern Swisscom-Gruppengesellschaft, nämlich der Swisscom IT Services AG. Diese Firma ist an der Poststrasse 6 angesiedelt. Der Gemeinderat pflegt gemeinsam mit der regionalen Wirtschaftsförderung den Kontakt zu den Ostermundiger Firmen, allerdings in erster Linie zu denjenigen mit Sitz in Ostermundigen.

*Frage 1:*

Nein, der Gemeinderat hat von den Verlegungsabsichten von Swisscom Mobile keine Kenntnisse gehabt.

*Frage 2:*

Da Ostermundigen nicht über gemeindeeigenes Bauland verfügt, das sich für eine Firma in der Grösse von Swisscom Mobile eignet, kann der GR Landangebote nur gemeinsam mit verkaufsbereiten Grundeigentümern unterbreiten. Vor einem Jahr hat der Kanton die Arbeitszone Mösli öffentlich ausgeschrieben. Der Gemeinderat konnte diese Ausschreibung begleiten. Es sind etliche Bewerbungen eingegangen - allerdings ist es bei solchen Ausschreibungen üblich, dass die Bewerber die Investoren, die in ihrem Rücken stehen, nicht bekannt geben. Bei dieser Gelegenheit kann ich mitteilen, dass die Verhandlungen mit interessierten Investoren im Mösli nach wie vor laufen.

*Frage 3:*

Steuerzahlen sind vertrauliche Daten, deshalb darf ich hier keine Angaben zum Steuerausfall machen.

*Frage 4:*

Es handelt sich um Räumlichkeiten an der Poststrasse 25. Der Gemeinderat beabsichtigt nicht, diese Räume für eigene Zwecke zu nutzen. Für ein Verwaltungszentrum scheint uns dieser Standort nicht geeignet zu sein, da er mit dem ÖV zu wenig gut erschlossen ist.

*Fragen 5 und 6:*

Wie gesagt, der Gemeinderat kann interessierten Investoren z. Z. kein gemeindeeigenes Bauland für Gewerbe- und Dienstleistungsnutzungen anbieten. Planerisch haben wir unsere Hausaufgaben gemacht; in der Gemeinde gibt es heute mit der Arbeitszone Mösli und dem Entwicklungsschwerpunkt Bahnhof zwei für unsere Verhältnisse grosse baureife Baulandreserven. Der Gemeinderat beabsichtigt, seine Standortmarketing-Aktivitäten zu verstärken. Dabei wollen wir interessierte Investoren erreichen und sie auf unsere Qualitäten, unsere Baulandreserven und die in der



Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 19. Mai 2005

---

Gemeinde zu mietenden Büro- und Gewerbeflächen aufmerksam machen. Bei der Arbeitszone Mösli liegt die Federführung beim Grundeigentümer, d.h. bei der kantonalen Wirtschaftsförderung. An der letzten GGR-Sitzung haben wir Ihre Unterstützung dafür erhalten, beim Entwicklungsschwerpunkt Bahnhof allenfalls selber als Investor auftreten zu können, um das neue Verwaltungszentrum zu bauen. In der Rolle des interessierten Mitinvestors werden wir bei der Promotion des Entwicklungsschwerpunkts eine aktive Rolle spielen können und auch spielen müssen. Erste Verhandlungspartner sind da die SBB als Grundeigentümerin und der Kanton als Träger des öffentlichen Verkehrs, der an einer Umgestaltung der Unterführung interessiert sein muss. Die Verhandlungen sind angelaufen.

**Egon Julmi (FDP):** Ich bin mit der gemeinderätlichen Beantwortung zufrieden.

34 10.628 Schulkommission  
10.374 Interpellationen

### **Interpellation R. Wagner (EVP) und Mitunterzeichnende betreffend die Schulkommission (Zwischenbilanz); Begründung und Beantwortung**

#### **Wortlaut**

*Der Gemeinderat hat am Mediengespräch vom 14. März 2005 u. a. Zwischenbilanz über die neue Schulorganisation mit nur noch einer Schulkommission für die ganze Gemeinde gezogen. Die Schulkommissionsmitglieder, Schulleitungen und Lehrervertretungen wurden nach zwei Sitzungsrunden gebeten, zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen: Sitzungsdauer, Sitzungsleitung, Entscheidungsfindungsprozesse, Entscheidungsgrundlagen, Arbeit in den Fachausschüssen sowie Gesamtbeurteilung der Kommissionsarbeit. Diese „Nabelschau“ der Schulkommissionsarbeit ist gut ausgefallen, was auch die EVP freut.*

*Dass aber daraus in der Medienmitteilung der Schluss gezogen wird, dass der Entscheid, die sechs Schulkommissionen auf eine einzige zu reduzieren, der richtige war, ist wohl etwas zu voreilig und kurzsichtig. Die Schule besteht nicht nur aus der Schulkommission. Die Arbeit in der Schulkommission kann durchaus gut klappen (nach Sicht der Anwesenden). Ob aber die LehrerInnen und Eltern sowie die SchülerInnen, die Ämter (z. B. Jugendamt, Erziehungsberatung usw.), welche die Arbeit der Schulkommission von aussen betrachten, mit den Abläufen, der Effizienz sowie der ganzen Arbeit der SK zufrieden und gut bedient sind, ist eine andere Frage.*

*Nach Meinung der Unterzeichnenden muss diese Sicht ebenfalls berücksichtigt werden, um einen repräsentativen Schluss ziehen zu können, ob der Entscheid richtig war.*

*Aus den Artikeln in den Medien „Der Bund“ und „BZ“ ist leider nicht ersichtlich, welche Kriterien den Gemeinderat veranlasst haben, eine positive Zwischenbilanz zu ziehen. Der Leser/die Leserin, bzw. die EinwohnerInnen von Ostermündigen wissen nicht, dass nur die interne Arbeit der Schulkommission beleuchtet wurde und, dass erst zwei Sitzungsrunden stattgefunden haben. Zudem wurde am Mediengespräch anscheinend gesagt, dass eine Umfrage ergeben hat, dass auch ehemalige KritikerInnen nun von der neuen Organisation überzeugt seien (siehe BZ vom 15. März 2005).*

#### **Fragen**

1. *Erachtet der Gemeinderat die erfolgte Umfrage bei den Schulkommissionsmitgliedern, Schulleitungen und Lehrervertretungen betr. der Schulkommissionsarbeit als repräsentativ und aussagekräftig genug, um der Bevölkerung von Ostermündigen bereits eine positive Zwischenbilanz über die neue Schulorganisation unterbreiten zu können, wie sie am Mediengespräch vom 14. März 2005 erfolgt ist?*

2. *Wurde die Aussage in der BZ vom 15. März 2005, dass aufgrund einer Umfrage auch ehemalige KritikerInnen nun überzeugt seien, durch den Gemeinderat gemacht? Wenn ja, um welche Umfrage handelt es sich da?*
3. *Wie und wann gedenkt der Gemeinderat, auch die andern an der Schule von Ostermundigen beteiligten Gremien und Bevölkerungsschichten (Lehrerkollegien, Jugendamt, Erziehungsberatung, Schulinspektorat, Eltern usw.) für eine repräsentative Zwischenbilanz miteinzubeziehen?*
4. *Ist der Gemeinderat bereit, die erfolgte Medienmitteilung an einem weiteren Mediengespräch noch zu präzisieren? Wenn nein, warum nicht?*

**Rahel Wagner (EVP):** Es scheint so, als wolle die EVP-Fraktion hier unbedingt ein „Haar in der Suppe“ finden, um ihr Referendum gegen die neue Schulorganisation zu rechtfertigen. Dem ist aber absolut nicht so. Als ehemalige Präsidentin der SK Rothus wie auch Philippe Gerber als Präsident der SK Bernstrasse haben wir unser Herzblut dem Schul- und Bildungswesen zur Verfügung gestellt. Noch heute ist das Schulwesen mein ganz persönliches Anliegen. Die EVP-Fraktion wäre äusserst glücklich, wenn der neuen Schulorganisation Erfolg beschieden ist. Die vorläufige Bilanz erscheint uns aber zu früh, um bereits aussagekräftige Statements zum Erfolg abgeben zu können. Die EVP-Fraktion hat angekündigt, dass sie ein besonderes Augenmerk dem zukünftigen Schulwesen schenken wird. Die heute vorliegende Interpellation ist eine Folge davon.

**Gemeinderat Thomas Iten (SP):** Ich bin sehr froh, dass die EVP-Fraktion ein besonderes Augenmerk auf das Schulwesen richtet. Es ist bestimmt wichtig, die Zukunft unseres Schulwesens ständig zu verfolgen. Die gemeindrätliche Beantwortung sieht wie folgt aus:

#### *Allgemeines*

Die neue Schulorganisation mit nur noch einer Schulkommission für die ganze Gemeinde ist das Ergebnis eines breiten politischen Konsenses. Mit 30 gegen 4 Stimmen hat sich das Parlament für diesen Systemwechsel ausgesprochen. Die EVP hat gegen diesen Beschluss das Referendum ergriffen, damit (Zitat): *über eine solche grundsätzliche Änderung der Schulorganisation die Stimmberechtigten mitentscheiden können*. In der Urnenabstimmung vom 16. Mai 2004 haben die Stimmberechtigten mit 72 % Ja-Stimmen das neue Schulreglement angenommen und sich damit unmissverständlich für eine moderne, professionelle Schule ausgesprochen.

Der Gemeinderat stellt mit Genugtuung fest, dass Ostermundigen mit diesem Volksentscheid voll im Trend liegt. Nach Langenthal, Muri, Steffisburg und Ostermundigen haben zahlreiche andere Gemeinden den Handlungsbedarf bei der kommunalen Schulaufsicht erkannt. Die Städte Thun und Burgdorf passen ihre Schulorganisation auf den 1. August 2005 bzw. 1. August 2006 ebenfalls der heutigen Zeit an.

*Antworten auf die einzelnen Fragen*

1. Ja. Die Zwischenbilanz ist klar als *erste Zwischenbilanz nach zwei Sitzungen aus der Sicht der beteiligten Kommissionsmitglieder, Schulleitungen und Lehrervertretungen* kommuniziert worden. Ebenso klar wurde mitgeteilt, dass die *bisherigen* Erfahrungen gezeigt haben, dass der Entscheid, die sechs Schulkommissionen auf eine einzige zu reduzieren, der richtige war.
2. Im schulinternen Mitwirkungsverfahren von Anfang 2002 haben sich sämtliche Schulleitungen und alle Schulkommissionen gegen die neue Organisation ausgesprochen. Dem Gemeinderat sind mehrere Schulleitungspersonen bekannt, die in der Zwischenzeit vom neuen Modell überzeugt sind. Zudem geht der Gemeinderat davon aus, dass sich niemand in die neue Schulkommission wählen lassen hätte, wenn sie oder er diese Organisation ablehnen würde. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass sich sämtliche Schulkommissionsmitglieder mit ihrer Aufgabe und mit ihrer neuen Rolle identifizieren.
3. Der Gemeinderat ist gegenüber Evaluationen und Wirkungsüberprüfungen grundsätzlich sehr offen eingestellt. Es war sinnvoll, den Puls der direkt Beteiligten frühzeitig zu spüren. Nach einem Jahr kann eine zweite Zwischenbilanz und auf Ende der Legislatur eine abschliessende Bilanz gezogen werden. Wichtiger als demokratisch gefällte Entscheidungen ständig zu hinterfragen erscheint dem Gemeinderat allerdings, die Wirkung des Unterrichts zu überprüfen. Dem Gemeinderat sind Schulen bekannt, welche aus der Schule entlassene Jugendliche nach ihren Erfahrungen befragen und dadurch wertvolle Rückmeldungen erhalten.

Die Schulkommission wird in der ersten Hälfte des neuen Schuljahres zusammen mit interessierten Personen aus dem Elternrat, der Lehrerschaft und den Schulleitungen eine Strategiediskussion führen und Bildungsziele für die Schule Ostermündigen diskutieren und definieren.

4. Nein. Der Gemeinderat hat keinen Grund, die erfolgte Medienmitteilung zu präzisieren. Die Mitteilung entspricht den Tatsachen und ist von den Medien publizistisch einwandfrei aufgearbeitet worden.

**Rahel Wagner (EVP):** Ich bin mit der gemeinderätlichen Beantwortung zufrieden.

35 M Mitteilungen  
**Orientierungen des Gemeinderates**

**Wege zu Klee; Eröffnungsfeier am 18. Juni 2005**

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Ich hoffe, Sie haben am Samstag, 18. Juni am Abend um 22.00 Uhr noch nichts los. Und ich bitte Sie, sich diesen Abend möglichst rot und unauslöschlich in Ihren Agenden einzutragen. Am Abend des 18. Juni haben wir nämlich Grund zum feiern. Gemeinsam mit dem Zentrum Paul Klee und der Stadt Bern feiern wir in unseren Steinbrüchen die Eröffnung der „Wege zu Klee“.

Wir fangen mit dem öffentlichen Teil relativ spät an - um 22.00 Uhr - damit es genügend dunkel ist. Und dunkel muss es werden, damit die Steinbrüche umso heller leuchten können.

Eröffnet wird die Feier durch ein klassisches Konzert. Damit weisen wir darauf hin, dass Klee auch einen sehr starken Bezug zur klassischen Musik gehabt hat. Und danach kommt der grosse Moment, wo der Lichtkünstler Gerry Hofstetter Klee-Motive an die Wände des Steinbruchs projizieren wird. Gerry Hofstetter ist ein bekannter Lichtkünstler, der auch schon so markante Objekte wie das Matterhorn beleuchtet hat. Das von ihm inszenierte Lichtspektakel im Steinbruch wird mit Sicherheit ein eindrücklicher Höhepunkt unserer Eröffnungsfeier.

Die gemeinsame Eröffnungsfeier in den Steinbrüchen vom 18. Juni bildet gewissermassen den Auftakt zu den Eröffnungsfeierlichkeiten des Zentrums Paul Klee. Ab Montag, 20. Juni finden die Eröffnungsanlässe im Zentrum Paul Klee statt, und zum Abschluss der Feierlichkeiten stehen erneut die Steinbrüche im Zentrum: Am Donnerstag, 30. Juni, führt das Kindermuseum vom Zentrum Paul Klee in den Steinbrüchen ein Eröffnungsfest für Erwachsene durch. Auch diesen Termin sollten Sie sich reservieren, und wir dürfen jetzt mit gutem Gewissen sagen: Es kommt Leben in unsere Steinbrüche!

**Sanierung der Rüti-Liegenschaften; Verzögerung im Terminablauf**

**Gemeinderätin Florence Martinoia (SP):** In der GGR-Botschaft vom Dezember 2004 zu diesem Geschäft ist ein detaillierter Terminplan aufgeführt worden. Dort kann nachgelesen werden, dass der Gesamtkredit dem GGR im Juni 2005 vorgelegt wird. Bauseitig läuft die Sanierung nach Plan. Finanziell hat sich jedoch herausgestellt, dass bei der bisherigen Mietzinsgestaltung und bei der Renditeberechnung Unklarheiten bestehen. Heute fand unter der Federführung des Gemeindepräsidenten zur Überprüfung der Situation ein Gespräch mit der Firma Niederer statt. Die Spezialkommission hat das Sanierungsprojekt bereinigt, für die Mietzinsgestaltung ist sie aber nicht zuständig. Das Projekt kann erst weiterbearbeitet werden, wenn eine

neutrale, externe Stelle die Mietzinssituation geklärt hat. Im Terminablauf führt dies zu einer Verzögerung.

### **Beschwerdeentscheid betreffend den Erwerb der Parzelle Nr. 1233 (Steingrübliareal)**

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Hier noch eine taufrische Info: Der Regierungsrat hat mit Entscheid vom 18. Mai 2005 die Beschwerde IWORUS abgewiesen. Alle von der Beschwerdegegnerin aufgeführten Punkte wurden als unbegründet eingestuft. Der Entscheid ist noch nicht rechtsgültig, da die 30 tägige Beschwerdefrist an das Bundesgericht abgewartet werden muss. Läuft diese Frist unbenutzt ab, ist es Zeit, die Betriebskommission ins Leben zu rufen und das Konzept „Kultur- und Freizeitzentrum“ auszuarbeiten. Ich hoffe, dass hier ein gemeinsamer Weg und für alle Beteiligten eine befriedigende Lösung gefunden werden kann.

### **Persönliche Erklärung**

**Walter Bruderer (FORUM):** Heute Nachmittag wurde ich von der Presse über den Beschwerdeentscheid des Regierungsrates befragt. Leider hatte ich vom Entscheid keine Ahnung. Der Entscheid des Regierungsrates ist bei der Gemeinde sowie beim Rechtsanwalt der IWORUS eingegangen. Ich als Präsident und somit Vertreter der IWORUS konnte den Journalisten keine kompetente Auskunft erteilen. Scheinbar ist es für den Regierungsrat wichtiger, vorgängig die Presse zu informieren anstatt die Beschwerdeführenden.

36	10.372	Motionen
	63.665	Jugendarbeit mit Schulen, Kirchen und anderen Verwaltungsabteilungen

### **Motion der SP-Fraktion betreffend Massnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit; parlamentarischer Neueingang**

#### ***Wortlaut***

Der Gemeinderat wird beauftragt, die Unterstützung von SchulabgängerInnen ohne Lehrstelle und von erwerbslosen Jugendlichen zu verstärken. Er wird aufgefordert, insbesondere folgende Massnahmen zu treffen:

1. Stellenlose Schulabgängerinnen und -abgänger der Gemeinde Ostermundigen sind insbesondere über die laufenden Projekte der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung zur Lehrstellensuche aktiv zu informieren. Falls sich „Junior Job Service“ und „Junior Coaching“ als erfolgreich erweisen, prüft der Gemeinderat nächstes Jahr die Verstärkung der Angebote mit kommunalen Mitteln.
2. Mit dem Ziel, zusätzliche Berufspraktikumsplätze für stellenlose Jugendliche nach der Berufsausbildung zu schaffen, sind die Ostermundiger Firmen einzuladen, und über die Möglichkeiten gemäss Arbeitslosenversicherungsgesetz zu informieren. Die Gemeindeverwaltung evaluiert ihrerseits intern die Schaffung solcher Praktikumsplätze.
3. Der Gemeinderat trifft Massnahmen, um jugendliche SozialhilfebezügerInnen bei der Integration in der Arbeitswelt aktiver zu unterstützen. Er erteilt der Sozialbehörde den Auftrag, ihm in Zusammenarbeit mit dem Sozialdienst konkrete Vorschläge zu unterbreiten.
4. Der Gemeinderat bezeichnet verantwortliche Stellen, die für die Informationen an Interessierte zuständig sind und macht sie in der Gemeinde bekannt.

#### ***Begründung***

1. Mit dem Projekt „Junior Job Service“ der kantonalen Erziehungsdirektion werden die Ressourcen der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung vom April bis September 2005 gezielt verstärkt. Fachleute der Berufsberatung kümmern sich intensiv um die Begleitung und Vermittlung von lehrstellenlosen Jugendlichen in passende Anschlusslösungen. Das Projekt wird ergänzt durch das Mentoring Projekt „Junior Coaching“. Die Berufsberatung bildet dabei Tandems zwischen Jugendlichen mit grösserem Begleitungsbedarf und ehrenamtlichen Mentorinnen. Fachleute der Berufsberatung betreuen dieses Netzwerk. Die Ostermundiger Jugendlichen sind auf diese Angebote aktiv aufmerksam zu machen und zur Teilnahme zu motivieren. Es geht dabei darum, insbesondere diejenigen lehrstellenlosen Jugendlichen rechtzeitig zu erfassen, die sonst mittelfristig die Unterstützung, die sie brauchen, beim Sozialdienst suchen. Falls sich die intensivierte Vermittlungsarbeit als erfolgreiche Unterstützung bei der Lehrstellensuche be-

währt, ist 2006 eine Verstärkung des Angebots mit kommunalen Mitteln - allenfalls im Verbund mit anderen Gemeinden - zu prüfen.

2. Im Jahr 2004 waren von den bei der Gemeinde gemeldeten Arbeitslosen mehr als 33 % unter 25 Jahren! Oder in Zahlen: Total haben sich 240 junge Erwachsene beim Arbeitsamt gemeldet. Im Sommerhalbjahr, nach den Lehrabschlüssen, erhöht sich die Zahl der Neuanmeldungen erfahrungsgemäss. Der Einstieg in die Berufspraxis ist für junge Menschen nach der Ausbildung von zentraler Bedeutung. Die Arbeitslosenversicherung unterstützt deshalb Arbeitgeber, die ein Berufspraktikum anbieten. Die Versicherung übernimmt drei Viertel des Taggeldes, ein Viertel bezahlt der Einsatzbetrieb. Solche Praktika können aber nur angeboten werden, wenn Firmen über die Möglichkeiten informiert sind und Einsatzplätze dem zuständigen RAV melden. Ostermundiger Arbeitgeber sollen daher vom Gemeinderat eingeladen und über diese Angebote informiert werden. Firmen, die verdienstvollerweise bereits Plätze anbieten, könnten bei dieser Gelegenheit gewürdigt und zu weiterem Engagement motiviert werden.
3. Im Jahr 2004 bezogen in Ostermundigen 126 junge Erwachsene aus den unterschiedlichsten Gründen Sozialhilfe. Für jeden dieser jungen Menschen gilt der Grundsatz, dass eine wirksame Unterstützung im Hinblick auf eine rasche Integration ins Erwerbsleben ausserordentlich wichtig ist, um die gefürchtete „Chronikerkarriere“ zu verhindern. Neben der Suche nach geeigneten Arbeitsplätzen könnte auch die verstärkte Betreuung und Begleitung, allenfalls durch ehrenamtliche Mentoren, eine solche Hilfestellung sein. Als strategische Behörde im Bereich Sozialhilfe ist die Sozialhilfekommission geeignet, in Zusammenarbeit mit dem Sozialdienst zu Handen des Gemeinderats konkrete Vorschläge zu erarbeiten.

Eingereicht am 19.5.2005

sig. R. Unteregger  
T. Lutz  
N. Riesen  
R. Moser  
U. Lüthy  
A. Dogan  
C. Basler  
M. Stäheli  
R. Kehrli  
M. Neuenschwander  
R. Mahler  
T. Iannino  
A. Thomann



37 10.374 Interpellationen  
30.71 Gasversorgung

### **Interpellation FORUM-Fraktion betreffend die Gasrechnung; parlamentarischer Neueingang**

#### **Wortlaut**

- Ende 2004 schuldete die Gemeinde dem „ewb“ Fr. 358'000.--;
- beim Gas-Grundpreis soll es sich angeblich um einen „politisch“ bestimmten Preis handeln;
- das Parlament kennt die Erträge und Aufwände der Gasrechnung und auch deren Budgetwerte nicht;
- der Gaspreis steigt, u. a. auch weil die Gemeinde Ostermundigen vom „ewb“ einen Zuschlag verlangt, der vor kurzem noch erhöht wurde;
- der Verwaltungsbericht liefert übers Gas noch keine Angaben über Anzahl und Art der Bezüger, Verbrauch, Preisentwicklung (Grundpreis, Zuschläge), Netz (Alter, Zustand, Erweiterungen, Nutzung, Unterhalt), Lieferbedingungen usw.;
- die Luftreinhalteverordnung verlangt grosse Anstrengungen zum Abbau der Abgase;
- obschon der Gemeinderat Gas als zurzeit. besten fossilen Energieträger betrachtet, ist das Heizen mit Heizöl nach wie vor billiger;
- auf Ende 2005 musste der Vertrag zur Gasversorgung des Gemeindegebietes gekündigt werden.

#### **Fragen**

1. Weshalb gibt es fürs Gas keine detaillierte Auflistung der Aufwände und Erträge in Budget und Rechnung sowie analog „Wasser/Abwasser/Abfall“ auch keine Spezialrechnung im Finanzplan?
2. Wer beschloss aufgrund welcher Rechtsgrundlage m<sup>3</sup>-Preiszuschläge auf dem Gaspreis für die Ostermundiger Gasbezüger?
3. (Wann) beabsichtigt der Gemeinderat - analog dem Wasser-/Abwasser-Reglement -, dem Parlament ein Gas-Reglement zur Genehmigung zu unterbreiten, das alle Aspekte rund um diesen Energieträger regelt?
4. Wie erfolgt beim Gas die Verrechnung von Anschluss-, Grund- und Verbrauchergebühren?
5. Warum bleiben die Aufwände der „ewb“ in den Kostenvoranschlägen unberücksichtigt (Bsp. Parlamentssitzung vom 17.3.05)?
6. Was unternimmt der Gemeinderat konkret (allenfalls in Zusammenarbeit mit wem), damit sich der Gaspreis a) nicht am Ölpreis orientiert und b) künftig stets unter jenem für das Heizöl liegt?

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 19. Mai 2005

---

7. Welche Verbesserungen, Chancen und Risiken wird der neue Gasvertrag, u. a. den Gasbezügern, bringen?

Eingereicht am 29. April 2005

sig. Michael Meienhofer (FORUM)

38 10.374 Interpellationen  
30.102 Kreisschreiben, Verordnungen, Weisungen

**Interpellation FORUM-Fraktion betreffend Voraussetzungen für Baubewilligungen; parlamentarischer Neueingang**

***Wortlaut***

Offensichtlich sind nicht alle EinwohnerInnen bzw. alle Einspracheberechtigten in der Lage, alle Baupublikationen unmissverständlich zu interpretieren.

Unklar ist nach wie vor, ob Elektrosmog die Gesundheit von Menschen und Tieren negativ beeinflussen kann. Es ist darum erfreulich, dass der Bundesrat einen Kredit für ein neues nationales Forschungsprogramm bewilligte. Angeblich kann Elektrosmog den Wert der Liegenschaften vermindern.

Damit sich die Wirtschaft entwickeln kann, scheut sie je länger desto mehr keine Hindernisse mehr, um neue Dienstleistungen einzuführen bzw. deren Konsum zu steigern. Ob daraus gesellschaftliche oder/und gesundheitliche Probleme entstehen, scheint von untergeordneter Bedeutung.

***Fragen***

1. Weshalb werden bei Bau-, Zonen- und Nutzungsplanungen die Liegenschafts-Nachbarn bzw. die Einsprache-Berechtigten nicht von Amtes wegen frühzeitig auf geplante Änderung aufmerksam gemacht?
2. Weshalb werden nicht alle Bauabsichten in einer Terminologie publiziert, die auch für Laien unmissverständlich klar ist?
3. Inwieweit versucht die Baubewilligungsbehörde, Bauwillige von der Notwendigkeit zu überzeugen, dass die Wohnqualität von benachbarten EinwohnerInnen nachhaltig zu schützen ist? Werden denkbare Wohnqualitätseinbussen für die Bevölkerung oder Teilen davon toleriert oder - falls unvermeidbar - gebührend entschädigt?
4. Sind die Gemeindebehörden bei der Bestrahlung der Umwelt durch elektromagnetische Wellen (z. B. UMTS) direkt oder indirekt bereit,
  - a) bei gesundheitlichen Schäden bei Personen und Tieren Schadenersatz zu leisten?
  - b) für Wertvermindierungen der Liegenschaften zu haften?
5. Sind aus Sicht der Gemeinde die kommerziellen Interessen von potenziellen Emissions-Verursachern höher zu werten als denkbare gesundheitliche und gesellschaftliche Gefahren und Risiken für die Bevölkerung? Erachtet es der Gemeinderat beispielsweise als sichergestellt, dass die Kinder keine problemati-

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 19. Mai 2005

---

schen Texte, Bilder und Filme auf den Bildschirm von Handys herunter laden können?

6. Weshalb wartet die Gemeinde Ostermündigen vor Baubewilligungen für Anlagen mit denkbaren Elektromog-Risiken nicht das Ergebnis des neuesten nationalen Forschungsprogramms ab?

Eingereicht am 19. Mai 2005

sig. W. Bruderer  
M. Mantarro  
M. Meienhofer

39     10.375     Einfache Anfragen  
       50.717     Gewerbebewilligungen

**Einfache Anfrage R. Moser (SP) betreffend Sex-Gewerbe in Ostermundigen;  
parlamentarischer Neueingang**

***Wortlaut***

In der Tageszeitung „Der Bund“ vom 1. Februar 2005 musste man lesen: „Utzigen, Ostermundigen, Köniz... - fast in jeder Agglomerationsgemeinde rund um Bern... ist das horizontale Gewerbe unterdessen mit Clubs oder Bars vertreten. ... Auch Ernst Jost von der Berner Sittenpolizei kann die Abwanderung des Sexgewerbes bestätigen: „Viele, die früher in der Stadt waren, trifft man heute in Ostermundigen´...“. Weiter berichtet der Artikel, dass die betreffenden Gewerbebetriebe vor allem Ausländerinnen ohne Aufenthaltsbewilligung ausbeuteten, die bisweilen auch verhaftet würden, während die Betreiber der Betriebe bloss Ermahnungen riskierten. Der Artikel führt zu folgenden **Fragen**:

1. Stimmt es, dass Sex-Gewerbebetriebe in Ostermundigen angesiedelt wurden?
2. Wenn nein, was gedenkt der Gemeinderat gegen den durch den Artikel verursachten Imageverlust zu unternehmen?
3. Wenn ja,
  - (a) hat die Gemeinde den Sex-Betrieben eine Betriebsbewilligung erteilt?
  - (b) wird überprüft, ob für die in den Betrieben tätigen Sex-Arbeiterinnen Beiträge für die Sozialleistungen abgeführt werden?
  - (c) werden gesundheitspolizeiliche Kontrollen durchgeführt?
  - (d) werden Lebensmittelkontrollen durchgeführt?
  - (e) plant die Gemeinde, gegen die Betreiber vorzugehen?

Eingereicht am 19. Mai 2005

sig. R. Moser

**NAMENS DES GROSSEN GEMEINDERATES**

Der Präsident:                      Der Sekretär:     Die Stimmzählenden:

Bruno Schröter

Jürg Kumli

Theo Lutz

Markus Truog